

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonelle 1 Mark.
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **299300** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Die großkapitalistische Entwicklung der deutschen Maschinenindustrie.

Unter dem Titel „Der Einfluß der Kapital- und Produktionsvermehrung auf die Produktionskosten in der deutschen Maschinenindustrie“ hat Dr. Kurt Rathenau jüngst bei Fischer in Jena eine Schrift erscheinen lassen, an der wir nicht achtlos vorübergehen möchten.

Der Verfasser bringt eine reiche Fülle von finanz- und fabriktatistischem Material bei, um die Entwicklung des Großbetriebs in der Maschinenindustrie, den großen Anteil des Bankkapitals an derselben und seinen Einfluß darauf, die Überlegenheit des kapitalistischen Großbetriebs in Form der Aktiengesellschaft über das Einzelunternehmen, die Monopolisierung der Arbeit durch immer weiter getriebene Arbeitsteilung, die Verbilligung der Produktionskosten und der Warenpreise nachzuweisen. Einleitend stellt er fest, daß in Preußen die Zahl der Pferdekräfte bei feststehenden Dampfmaschinen von 2947642 im Jahre 1896 gestiegen ist auf 4490789 im Jahre 1904, die Zahl der Dampfmaschinen, die zum Antrieb der den elektrischen Strom erzeugenden Dynamos dienen, von 3306 auf 5447 und die Summe der elektrischen Pferdekräfte von 258726 auf 708274 gestiegen ist. In Elektrizitätswerken waren in ganz Deutschland im Jahre 1898 18 Motoren mit 35867, 1904 mit 263000 Pferdekräften angeschlossen. In Berlin vermehrte sich die Zahl der den dortigen Elektrizitätswerken angeschlossen Motoren von 663 in 1895 auf 12933 in 1904. „Durch Zuhilfenahme motorischer Kräfte sind die mechanischen Kraftleistungen der Menschheit in potestierendem Maße gesteigert worden. Die Produktionsfähigkeit wird also stets vergrößert, ohne daß die Zahl der Arbeitskräfte dementsprechend wächst; dadurch werden die Lohnkosten verbilligt. Erinnert sei an die vervielfachte Leistung der Webstühle und Druckereimaschinen. Stets Verbilligung der Produktionskosten wird das Leitmotiv der Industrie und beherzigt deren ganze Entwicklung; denn keine Industrie kann den Weltmarkt dauernd behaupten, ohne ununterbrochen die Produktionskosten zu vermindern.“

Im Zeitraum von 1896 bis 1905, also in zehn Jahren, wurden in Deutschland 306 Aktiengesellschaften mit 568,21 Millionen Mark Aktienkapital in der Metall- und Maschinenindustrie gegründet. Neben der Form der Aktiengesellschaft hat seit einiger Zeit auch die der Genossenschaft Verbreitung gefunden. So sind die Siemens-Schuckertwerke als Genossenschaft mit beschränkter Haftung mit 90 Millionen Mark Kapital gegründet worden. Im Jahre 1904 betrug die Zahl der in dieser Form bestehenden Maschinenfabriken und Eisengießereien in Deutschland 288. Davon hatten 19 Gesellschaften eine Million Mark Kapital und mehr, 167: 100000 Mark Kapital bis zu einer Million. Vor 1900 bestanden nur 90 Gesellschaften in dieser Gruppe. Das in der Metall- und Maschinenindustrie angelegte Aktienkapital macht 34 Prozent des in allen Industrien angelegten Kapitals aus. „Der Grund für das Anwachsen der Zahl der Aktiengesellschaften in der Maschinenindustrie liegt in dem Vordringen der neuen Form der gewerblichen Produktion, in dem Auftreten der kapitalistischen Unternehmung. Diese findet ihren besten Ausdruck in Gestalt der unpersönlichen Gesellschaftsform, also in der Aktiengesellschaft oder der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gleichzeitig mit der fabrikmäßigen Produktion und durch sie veranlaßt, trat das kapitalistische Moment in den Vordergrund. Die Verdrängung der Handarbeit durch Maschinenarbeit erforderte Investierung großer Kapitalien zur Beschaffung der Maschinen und zwar der Betriebs- wie noch mehr der Arbeitsmaschinen. Die Arbeit wird also durch Kapital erst und dadurch, daß die Verwendung der Maschine zur Notwendigkeit wird, gewinnt die Überlegenheit der Kapitalisten ungeheuer an Boden. Daher ist die Kapitalbeschaffung eine der wesentlichsten Fragen in der Industrie geworden. Sie ist dem Privatunternehmer nicht so leicht ermöglicht als einer unpersönlichen Gesellschaft; denn diese ist juristische Person, bietet daher eine größere Sicherheit für den Geldgeber, da sie erstens unabhängig vom Wechsel ihrer Mitglieder und besonders der leitenden Personen ist und zweitens ihre Geschäftstätigkeit eine größere Öffentlichkeit verbürgt.“ Es wird dann weiter ausgeführt, daß jeder Betrieb, selbst der bestaanderte, auf die Inanspruchnahme von Bankkredit angewiesen ist und daß darauf selbst krupp Ende der 70er Jahre angewiesen war. Die schnelle technische Entwicklung, durch die neue Maschinen bald von besseren überflügelt und abgeworfen werden, Neubauten von Fabriken, Vergrößerungen, ungünstige Konjunkturschwüngen jeden Betrieb, das Einzelunternehmen wie die gesellschaftliche Unternehmung, den Kredit der Banken in Anspruch zu nehmen. Als Beispiel für die Überlegenheit der Aktiengesellschaft über den einzelnen Unternehmer wird die bekannte große Lokomotivfabrik Smith & Co. in Magdeburg, die jetzt 600 Arbeiter beschäftigte, angeführt, welche Konkurs anmelden mußte, weil das zur Verfügung stehende Betriebskapital für den Umfang des Betriebs nicht ausreichte und es den Inhabern der Firma nicht gelang, neues Kapital zu beschaffen. Zu dem „Umsatz“ der Firma hätten nach dem Berliner Tageblatt auch die Schädigungen beigetragen, die sie durch mehrere Streiks erlitten hatte. Der Verfasser erinnert ferner andererseits an die Umwandlung der Firmen Krupp in Essen und Siemens & Halske in Berlin in Aktiengesellschaften.

Die Abhängigkeit, in der dadurch die Industrie von den Banken geriet, bezeichnet der Verfasser zuerst als bedauerlich, „denn sie kann einer geistlichen Entwicklung unter Umständen Schwierigkeiten bereiten“; denn aber findet er im Hinblick auf die Möglichkeit der

Ausdehnung der Industrie durch den Zufluß des Kapitals diese Abhängigkeit gerechtfertigt. Diese engen Beziehungen zwischen den Großbanken und den industriellen Aktienunternehmungen haben aber noch eine weitere Folge, die der rein kapitalistisch gesinnte Verfasser sehr günstig beurteilt, die jedoch für die Arbeiter die schwersten Nachteile mit sich bringt und die besteht in dem spekulativen Moment, das geradezu zu einem bestimmenden Faktor für die Gestaltung der Gewinnverhältnisse wird. Das in der Industrie angelegte Bankkapital soll unter allen Umständen einen hohen Ertrag an Gewinn in Form von Dividenden abwerfen und da die Aktien an der Börse gehandelt werden, ist ihr Kurs um so höher, je höher die Dividenden sind. Um den Aktienkurs auf der erreichten Höhe zu halten und ihn womöglich noch weiter zu steigern, muß ein großer Gewinn aus dem Unternehmen herausgeschlagen, aus den Arbeitern erpreßt werden und darum die nicht feltene Erscheinung, daß mit den glänzendsten Profiten und jetzigen Dividenden Lohnreduktionen und anderweitige Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse Hand in Hand gehen.

Rathenau führt einige Beispiele an, um zu zeigen, welche mitleidlosen Gewinne die Aktiengesellschaft für das Unternehmertum einbringt. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft gab im Jahre 1896 für zwei Millionen Mark neue Aktien zum Kurse von 175 Prozent aus, das heißt, die Aktienkäufer mußten 100 Mk. Nominalwert mit 175 Mk. bezahlen, so daß die zwei Millionen 3 1/2 Millionen Mark ergaben, 1 1/2 Millionen reiner Gewinn waren. Im Jahre 1897 emittierte sie 10 Millionen Mark neue Aktien zum Kurse von 190 Prozent, 1899: 18 Millionen zum Kurse von 200 Prozent. Die Bergmann-Elektrizitätswerke, Aktiengesellschaft in Berlin, erhielten 1897/98 bei der Emission von Aktien im Betrag von einer halben Million Mark gar 227,5 Prozent bezahlt u. s. w. Es ist klar, daß die Banken und einzelne Kapitalisten dieses schwere Aufgeld nicht bezahlen aus selbstloser Nächstenliebe zu der betreffenden Aktiengesellschaft, sondern in der sicheren Erwartung, daß es durch eine hohe Dividende glänzend verzinst werden wird. Rathenau ist von diesen Finanzoperationen entzückt und er bemerkt dazu: „Daß diese rein banktechnischen Vorteile die Produktion meist gänzlich beeinflussen, bedarf kaum eines Nachweises. Die Gewinne, die sich aus Effekten und Beteiligungskosten ergeben, füttern das Betriebskapital und machen das Unternehmen freier und gewappneter gegen ungünstige Konjunkturen, in denen der Fabrikationsgewinn nur gering ist. Die gesellschaftliche Unternehmung kann also zweifellos die günstigen Konjunkturen besser wahrnehmen, denn sie kann leicht und schnell auf verschiedenen Wegen ihren Kredit verwerthen.“

Die zunehmende Vermehrung des industriellen Kapitals hat selbstverständlich auch eine Produktionsvermehrung zur Folge, denn diese ist einmal ihr Zweck und sodann ist sie notwendig zur Erzielung größerer Gewinnsummen. „Um das in Maschinen festgelegte Kapital nutzbringend zu verwerten, muß die Ausnutzung der Maschinen aufs äußerste gesteigert und der Umsatz vervielfacht werden. Zu diesem Vorgehen wurde die Industrie durch die zunehmende Konkurrenz gedrängt, die den Gewinn an einzelnen Fabrikat sehr herabminderte. Um also trotzdem einen ansehnlichen Gewinn zu erzielen, muß die Zahl der Fabrikate vermehrt werden; der bekannte Satz: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ wird auch in der Industrie zum Grundgesetz erhoben.“ In einigen Beispielen wird dargelegt, welche Produktionsvermehrung die Kapitalvermehrung zur Folge hatte. Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft hatte 1896 bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark einen Umsatz von 4,9 Millionen Mark, 1904 bei 7 Millionen Mark Aktienkapital einen Umsatz von 10,3 Millionen Mark. Verhältnismäßig war demnach bei geringeren Mitteln der Umsatz erheblich größer als bei reichlicheren Mitteln. Die Aktiengesellschaft Schubert & Salzer in Chemnitz erzielte 1894 bei 750000 Mk. Aktienkapital einen Umsatz von 840000 Mk., 1902 bei 1,6 Millionen Mark Kapital einen Umsatz von 4,4 Millionen Mark. Hier ist das umgekehrte Verhältnis festzustellen. Hier war bei höherem Kapital der Umsatz ein relativ viel größerer als bei geringerem Kapital. Unterlassung der Kapitalvermehrung bei steigenden Ansprüchen an die Leistungsfähigkeit des Unternehmens, insbesondere auch bei Verschärfung der Konkurrenz, muß zur Konkurrenzunfähigkeit, andererseits aber auch leichtfertige Kapitalvermehrung zu schwerer, meist dauernder Schädigung führen. „Frägt man, in welchem zeitlichen und daher auch ursächlichen Verhältnis Kapitals- und Produktionsvermehrung zu einander stehen, so muß man die Produktionsvermehrung als das frühere bezeichnen, dem zur vollständigen und dauernden Durchführung die Kapitalerhöhung folgt. Für das Übergangsstadium, den Beginn der Produktionsvermehrung bis zur erfolgten Kapitalvermehrung, wird der Bankkredit in hohem Maße herangezogen.“

Der Verbilligung der Produktionskosten, die in der Hauptsache auf Kosten des Arbeitslohnes erfolgt, wendet der größte Teil der Schrift gewidmet und kommen wir darauf in einem besonderen Artikel zurück. In vorstehendem Artikel ist der nach kapitalistische Charakter der industriellen Produktion, bei der es sich ausschließlich nur um die Erzielung von Profit und zwar den möglichst höchsten Profit handelt und bei der alle anderen moralischen Zwecke ausgeschlossen sind, mit denen unsere Gegner so oft den Kapitalismus verschönern möchten, in reinlichster Weise von allem irdischen Dunst befreit und rein losgelöst, so daß er klar zu erkennen ist. So erscheint auch die Stellung des Arbeiters klar als die eines bloßen Zubehörs zur Produktion, das ohne alle Strapazen so billig als möglich gekauft und so viel als möglich ausgepreßt wird. Dr. Rathenau ist ein moderner kapitalistischer „Junker“, der alle Menschheit und Sentimentalität vermeidet und den Kapitalismus so präsentiert, wie er ist. Damit hat er sich ein Verdienst erworben, denn für uns ist immer die Hauptsache, zu erkennen, was ist.

Noch einmal die „Christlichen Gewerkschaften“.

Die christliche Gewerkschaftspresse ist ein Räbel und das kein leerer.

— Unsere in den beiden Nummern 10 und 11 veröffentlichten zwei Artikel über die Enttöschung der christlichen Gewerkschaftsbewegung nach der Darstellung des katholischen Dr. Müller haben uns vom christlichen „Deutschen Metallarbeiter“ einige sehr unchristliche Flegelzeilen eingetragen. Unsere Leser mögen die Artikel noch einmal durchgehen und sie werden sich aufs neue davon überzeugen, daß wir dem in der Einleitung des ersten Artikels gegebenen Versprechen, objektiv und vorurteilsfrei an die Besprechung des Müllerschen Buches heranzutreten, treu geblieben sind. Unsere Leser werden sich auch davon überzeugen, daß wir in Gestalt zahlreicher fürterer und längerer Zitate dem Dr. Müller selbst das Wort gaben. Insofern wir Kritik üben mußten, geschah es in anständiger Sprache.

Darauf erwidert nun „Der Deutsche Metallarbeiter“ in der ruppigsten Sprache. Der Verfasser wird gleich im Anfang als „Stribisfar“ geschmäht, die Charakterisierung der „christlichen“ Gewerkschaften als katholische als ein „Traid“ bezeichnet, „um die evangelischen Arbeiter von den christlichen Gewerkschaften abzuhalten“. Dieser Gedanke ist uns, das können wir aufrichtig versichern, wirklich nicht in den Sinn gekommen. Das christliche Blatt unterstellt uns da etwas, was nur seiner beschränkten Denkart entsprungen konnte. Wir sind Gegner jeder konfessionellen Gewerkschaftsorganisation ohne jede Rücksicht darauf, ob es sich dabei um Katholiken, Protestanten, Juden oder Mohammedaner handelt. Die enge beschränkte Denkart des christlichen Metallarbeiters hat auch offensichtlich seine Auffassungsfähigkeit beeinträchtigt, so daß er weder das Müllersche Buch noch unsere beiden Artikel zu verstehen vermochte. Was da geschildert wird, sind in der Tat nur die katholischen Gewerkschaften, die aus den katholisch-konfessionellen Vereinigungen unter hervorragender Mitwirkung von katholischen Geistlichen gegründet wurden. Hatten diese doch das Recht, die Vorstehenden der sogenannten „katholischen Fachabteilungen“ zu befehligen oder — natürlich auch nicht.

Die Bezeichnung der katholischen Gewerkschaften als „christliche“ war, um mit dem Metallarbeiter zu reden, ein „Traid“, zu dem Zwecke versucht, die Bedeutung dieser Organisation nach außen größer erscheinen zu lassen. Die „christlichen Gewerkschaften“ mögen doch einmal eine wahrheitsgetreue und lutzolierbare Statistik darüber aufstellen, wie viele protestantische Arbeiter unter ihren Mitgliedern sind. Wir halten uns davon überzeugt, daß sie nur eine sehr bescheidene Zahl ausmachen.

Der Metallarbeiter ist auch unfähig, Enttöschungsgeschichte von Entwicklungsgeschichte zu unterscheiden. Die Darstellung der letzteren in dem Müllerschen Buche, von dem sie einen sehr großen Teil ausmacht, hat für uns nur ganz untergeordnetes Interesse. Interessiert hat uns einzig die Enttöschungsgeschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung, aber auch nicht durch das, was sie bietet, denn das war für uns nichts neues, sondern durch die urtümliche Darstellung durch den katholischen Schriftsteller Dr. Müller. Nun meint der große Geist des Metallarbeiter topfschüttelnd, wir erklärten, über den Entwicklungsgang der katholischen oder christlichen Gewerkschaften sei nicht viel zu sagen und doch schlugen wir uns in mehreren Nummern mit der Geschichte derselben herum. Vielleicht haben wir ihn nun auf die Spur geholfen.

Zugeben muß der Metallarbeiter, daß in der Tat die christlichen Gewerkschaften nur die Kopien der freien Gewerkschaften sind, und zwar in jeder Beziehung. Man hätte es eben nicht anders machen können, das läge so im natürlichen Gange der Entwicklung. Das mag schon sein. Aber dann mag sich doch das Blatt an die jahrzehntelangen Schwächungen der freien Gewerkschaften durch die ganze Zentrums- und die weltliche und geistlichen Zentrums- und politischen Zentrums- und die infame Besudelung der Gewerkschaftsführer als arbeitsscheue Subjekte, die von den Arbeitergroßen ein Verächseln erleben führen, und dann mag sich das Blatt ferner vergegenwärtigen die von ihm selbst, von der ganzen christlichen Gewerkschafts- und politischen Zentrums- und die heute noch für Tag den freien Gewerkschaften gegenüber verübten bodenlosen und hundenhaften Gemeinheiten, die geradezu mit denen der scharfmacherischen der Arbeitgeber-Zeitung um die Siegespalme ringen. So ist die ganze Nr. 13 des Deutschen Metallarbeiter, wie fast jede Nummer des christlichen Blattes, ein einziger Räbel voll Unrat, so daß man meinen könnte, nicht der Arbeiter Vieber in Duisburg sei sein Redakteur, sondern etwa der kapitalistisch-scharfmacherische Handlager Lynkeus in Berlin.

In töpflischer unfreiwilliger Selbstironie macht das Blatt zum Schlusse seines Schimpfartikels, indem es schreibt:

„Im übrigen tritt unsere wertere Kollegin in Stuttgart, wenn sie meint, die Christlichen hätten den Freien alles abklappt. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die so tödlich gehaßte „christliche“ Münchener Gladbacher Jesuiten-Schule haben unsere Herren sozialdemokratischen Verbündler kopiert und nachgeahmt.“ Im Jahre des Heils 1906 waren alle freien Verbände in Berlin versammelt, um zu raten und zu lachen, wie den bösen Christlichen eventuell bezugommen sei. Das Endergebnis war, ein schwacher „Abklatsch“ einer schlechten Kopie der „M-Glabbacher Jesuiten-Schule“ nachzuahmen. Die „Jesuiten-Schule“ ist doch das ureigenste Produkt der „Christlichen“. Das die freien Gewerkschaftler erst jetzt, nachdem sie schon vierzig Jahre existieren, anderthalb Millionen Mitglieder haben, ehe sie die bösen „Christlichen“ machen müssen, ist für letztere sehr ehrenvoll, beweist aber, daß die Freien von den Christlichen etwas gelernt haben, nicht umgekehrt.“

Die M-Glabbacher Jesuiten-Schule ist wirklich das ureigenste Produkt der „Christlichen“ und es wäre uns äußerst peinlich, wenn sie auch nur die Kopie einer ähnlichen Einrichtung der freien Gewerkschaften oder der sozialdemokratischen Partei wäre. Um dieses „Original“ beneiden wir die Christlichen nicht, im Gegenteil bemitleiden wir sie. Die geistliche Verrentung und Satartung, die in M-Glab-

bach an den proletarischen Gehirnen angerichtet wird und die in der gemessenen Kampfwelt, in der ruppigen Sprache, in der Verleumdungs- und Verfolgungssucht der „christlichen“ Agitatoren gegenüber der modernen Arbeiterbewegung ihre häßlichsten und abscheulichsten Früchte zeitigt, ist geradezu eine Verflüchtigung an der Menschheit. Nicht gebildet werden dort die „Schüler“, sondern gedrillt und dressiert; ihre Denkfähigkeit wird nicht entwickelt, sondern nur durch eine Agitationschablone, deren „gebildete“ Grundlage ein unerschöpfliches Schimpfregister ist, ersetzt. Das ist das geistige Rückgang, der geistige Gehalt der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

An wirtlicher geistiger Aufklärung und Fortbildung der Arbeiter wirkt die moderne Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen. Schon die Literatur aus der vorwärtigen Zeit und aus dem Jahre 1848 ist heute noch kostbar. Schon Ende der fünfziger Jahre schenkte und ließ Kassalle den Arbeitern Schriften und Bücher zum Lesen, hielt ihnen in seiner eigenen Wohnung aufklärende Vorträge. Der erste Arbeiterverein, der gegründet wurde, veranstaltete Vorträge, Vorlesungen, Diskussionsstunden, Unterrichtskurse, und gerade darum die erfreulich große Zahl von Intelligenzen in der deutschen Arbeiterbewegung, deren bedeutendste, ein Bebel, allgemeine Anerkennung genießt.

Das Beste an dem ganzen Artikel ist der Schlusssatz, wonach die anderthalb Millionen Gewerkschafter bei den „Christlichen“ eine geistige Antilpe machen und die Gladbacher Jesuitenschule kopieren müssen. Wir hören das zweifelhafte Schütteln der anderthalb Millionen freien Gewerkschafter über diesen grauenhaften Witz, und diese lebensfrohe Heiterkeit beweist uns, daß sie sich nicht mit Selbstmordgedanken tragen, auch nicht mit geküßten. An der Gladbacher Jesuitenschule vergreifen wir uns wirklich nicht, denn die Gefahr wäre, wie ihre Zöglinge beweisen, für unsere geistige Gesundheit zu groß.

Die blamierten Europäer.

Da das christliche Gewerkschaftsblatt Der deutsche Metallarbeiter druckt einen Absatz aus einem Kapitel über die Steigerung der Arbeitslöhne in Richard Calwers „Handel und Wandel“ ab. Darin heißt es: „So gewiß das Einkommen der Arbeiterbevölkerung im Jahre 1906 nun auch gewachsen ist und infolge davon auch der Warenverkehr beträchtlich zugenommen hat, so sicher ist es auch, daß keine andere Bevölkerungskategorie von den Preiserhöhungen am Warenmarkt so sehr getrieben wurde wie die Arbeiter. Der Mehrverdienst des Jahres ist infolge der teureren Lebensmittelpreise bis zu einem ziemlich hohen Prozentsatz illusorisch gemacht worden.“

Zum Beweis führt Calwer auf Grund zuverlässiger Berechnungen an, daß die Haushaltskosten einer Arbeiterfamilie sich um 10 Prozent erhöht haben, so daß eine solche Familie, die im Jahre 1904 mit einem Jahresverdienst von 1000 Mk. auskam, im Jahre 1906 zu ihrem Auskommen einen Jahresverdienst von 1100 Mk. bedurfte. Sei nun auch nicht zu bestreiten, daß in zahlreichen Gewerben der vollbeschäftigte Arbeiter durchschnittlich über 10 Mk. monatlich mehr verdient als 1904, daß also auch eine tatsächliche Lohnsteigerung im Jahre 1906 noch möglich war, so bleibt aber im Gegensatz zu der Rentabilität in der Industrie und im Handel, im Verhältnis zu der gegen 1904 gesteigerten Arbeitsleistung die Besserung, die das Jahr 1906 den Arbeitern gebracht hat, ungenügend. Calwer konstatiert, daß ein großer Teil des Mehrverdienstes der Arbeiterbevölkerung im Jahre 1906 durch die Preiserhöhung am Warenmarkt absorbiert wurde und nicht zu einer Steigerung der Anschaffungskosten verwendet werden konnte.

Hierzu schreibt das Organ der christlichen Metallarbeiter: „Aus obigen Angaben ist ersichtlich, daß die Mehrerlöse der Arbeiter wieder durch verteuerte Lebensmittelpreise vollständig aufgezehrt werden, so daß die Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter nur einen Schein hat. Im übrigen ist es aber auch nicht wahr, daß alle Arbeiter eine Lohnsteigerung erfahren haben. Es gibt Handwerker, Landwirte und Arbeiter, deren Einkommen sich um keinen Pfennig verbessert hat, bei denen aber die Lebensmittelpreise in gleicher Weise jährl. um 10 Prozent vergrößert, was die Lebenshaltung um 10 Prozent verschlechtert, trotz günstiger Wirtschaft.“

So das hierale Arbeiterblatt, das damit die Verhältnisse noch schärfer kennzeichnet und die Lage der Arbeiter noch trüber anzeigt als der sozialdemokratische Schriftsteller Calwer. Und wie richtig war nun das Zentrum während des Kampfes um den Zolltarif, dem die christlichen Arbeiter in den Gladbacher eingewiegen, daß auch für sie die Erhöhung der Lebensmittelpreise wie überhaupt die ganze Sozialpolitik von Nutzen sein werde! Vermeintliche Arbeitslosigkeit und gesteigerter Arbeitslohn würden die für den Schein der nationalen Arbeit aufgewandete Lebensleistung reichlich wettmachen, und jetzt muß ein christliches Arbeiterblatt nicht nur konstatieren, daß das vermeintliche Lohnsteigen durch die erhöhten Lebensmittelpreise vollständig aufgezehrt werden ist, daß sogar bei zahlreichen Arbeitern, denen keine Lohnsteigerung zuteil wurde, sich die Lebenshaltung bedeutend verschlechtert hat. Das geschah vor dem Inkrafttreten des Zolltarifs; wie sich die Dinge gestalten, wenn die verteuerte Wirkung des Zolltarifs sich erst in vollem Maße geltend macht, das läßt sich nach diesem Vorgange leicht erwarten. Es ist jetzt schon sicher, daß das Zentrum die christlichen Arbeiter gründlich betrogen hat und gewarnt hat, und daß die katholischen Arbeiter, die dem agrarisch geprägten Zentrum die Stimmen gegeben haben, den höchsten Blößen gleich, die ihre Wähler selber wählen!

Dieselbe Nummer des Deutschen Metallarbeiters bringt weiter einen Artikel, überschrieben: „Der neue Zolltarif und die Steigerung der Lebenspreise.“ Darin heißt es: „Das die Erhöhung der Lebenspreise durch den neuen Zolltarif notwendig mit einer momentanen Erhöhung des Lebenspreises, also vorwiegend den jetzigen Besitzern nur zugute kommen werde, wurde von den Gegnern des Tarifs nicht in Frage gestellt. Ein Beweis obiger Behauptung wird jetzt in einer Reihe statistischer in Erfahrung gebracht.“ Es wird sodann eine ganze Reihe von Gegenständen mit genauer Angabe des Preises angeführt, und davon hervorgehoben, daß die höchsten Preiserhöhungen in Gewandungen der Gewandstoffe, insbesondere bei dem Verkauf von Wolle, bemerkt werden kann. Es wird nicht lange dauern und der größte Teil der neuen Stoffe wird wieder über die Not der Landwirtschaft hinaus und nach neuen Zollsteigerungen verlangen. So können wir zu einer Zolltarif ohne Ende. Ob aber dadurch der Landwirtschaft zu helfen ist, dürfte sich nicht als fraglich sein.“

Weiterum wird hier ein Extrakt der Lebensmittelpreise angeführt, die über vierzehnjährigen Preise damit zu rechtfertigen versuchen, daß sie die Interessen der Landwirtschaft wahren, nämlich daß der Preis der Lebensmittel sich nicht zu sehr erhöhen darf, wenn man aber auf der einen Seite, daß von den 5 1/2 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe 4 1/2 Millionen unter 5 Hektar Flächen, also an den Grundbesitzern gar keinen Nutzen haben; daß umgekehrt der Anteil an den Flächen nicht im Verhältnis zu Größe des Besitzes, so daß also die größten und reichsten Grundbesitzer den meisten Nutzen haben. Diese Nutzen macht sich in den höchsten Grundpreisen geltend und wird nicht auf den Bodenwert des Bodens, so daß die Ge-

höhung der Getreidepreise ein direktes Geschenk an die Grundbesitzer bedeutet. Wenn zum Beispiel ein Herr Nobilität sein Gut Lippau im ostpreussischen Kreise Neidenburg vor fünf Jahren für 240000 Mk. gekauft hat und es jetzt für 610000 Mk. wiederverkauft, so dankt er das dem Zolltarif, und diejenigen, die die Kosten dieses einträglichen Handels zu tragen haben, sind die brotverbrauchenden Massen des Volkes, sind vor allen Dingen die deutschen Arbeiter!

Und noch etwas hatte das Zentrum, um für die Lebensmittelpreiserhöhung Zustimmung zu machen, den Arbeitern vorgeschwebt. Die Landarbeiter, so sagte man, sind vielfach noch schlecht gestellt; aber das liegt vor allen Dingen daran, daß die Grundbesitzer infolge des geringen Ertrags der Landwirtschaft nicht in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen; ist erst der Zolltarif geschaffen, dann werden auch die Grundbesitzer ihre Landarbeiter besser bezahlen; deshalb müßten schon aus Solidarität mit den Landproletariern die Industriearbeiter für die Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelpreise eintreten. Was es mit diesem Gerede auf sich hat, das ist in sehr bezeichnender Weise zutage getreten in einer Versammlung, die kürzlich der Bund der Landwirte im frommen Städtchen Kempen abhielt, mitten drin im schwärzigen Rheinland. Zunächst rebete der Bundeshauptling Sahn über die abelangebrachte Fürsorge für die Arbeiter, deren sich das Zentrum schuldig mache, über den Radikalismus der christlichen Gewerkschaften, und dann erhob sich ein Zentrumsmann, der Gutsherr Herr Jüddar, und meinte:

„Die Sozialpolitik, die jetzt in unangenehmer Weise gefördert wird, hat die Leutenot verschuldet. Man geht zu weit in der Fürsorge für die Arbeiter. Sie leiden hier am Rhein nirgends Not, haben gute Wohnräume und gutes Essen, vom Lohne ganz zu schweigen. Schuld an dem Mangel, die Arbeiterforderungen zu erfüllen, tragen Zentrum und Sozialdemokratie, beide konkurrieren um die Gunst der Arbeiter, beide zwingen die Regierung, den Forderungen der Arbeiter immer mehr nachzugeben. Die Angst vor der Sozialdemokratie geht so weit, daß in den kleinsten Orten ohne Not Arbeitervereine gegründet werden. Mit den vorwerflichsten Mitteln der Agitation und mit fanatischem Hase wird für die christlichen Gewerkschaften Propaganda gemacht. Bei uns wird sogar schon die Kanzel benützt, wenn ich versuche, meine Arbeiter der Organisation, die ich für zwecklos erachte, fernzuhalten. Christliche Gewerkschaften stehen mit den sozialdemokratischen auf einer Stufe und sind um nichts besser. Wenn wir weiter so nachgiebig gegenüber den Forderungen der Arbeiter sind, so drehen wir uns selber den Strick, mit dem wir aufgehängt werden sollen. Als überzeugter Katholik muß ich entschieden Front machen gegen die übertriebene Arbeiterfreundlichkeit überreizter Geistlicher.“

Hier haben die christlichen Arbeiter die Antwort der Agrarier, von denen das Zentrum wählte, daß sie die höheren Erträge der Landwirtschaft dazu mitbeweisen würden, die Landarbeiter besser zu stellen. Den Landarbeitern geht es gut, mehr als gut! — versichern die Zentrumsmänner; nicht zu wenig, sondern zu viel geschieht für sie, und ihr Bestreben, ihre Lage zu verbessern, entspringt der Begehrlichkeit und ist zu bekämpfen! Diese Brutalität fällt selbst einem so wachsenden Zentrumsmann, wie der M.-Glabbacher Westdeutschen Arbeiterzeitung, auf die Nerven. Es kommt, daß man heute noch in landwirtschaftlichen Kreisen bemerkt das soziale Gefühl verhöhnen und eine derartige Satzung gegen die christliche Arbeiterbewegung aussprechen darf. Das Welt wandert sich nicht, wenn angesichts dieser Verhältnisse der Grundgedanke der ausgleichenden Gerechtigkeit, der immer und mit Erfolg zugunsten der Landwirtschaft geltend gemacht wurde, innerhalb der christlichen Arbeiterzeitung seine Wirkung zu verlieren beginnt!

Wird? Wenn sich das so verhielte, wäre das im Interesse der Arbeiter sehr zu begrüßen, und den Agrariern könnte man für ihre Brutalität zu großem Danke verpflichtet sein. Jedenfalls erweist sich durch die Macht der Tatsachen, wie abel benutzen die christlichen Arbeiter damals waren, als sie den ultramontanen Volkserzählern folgten, die ihnen das Gutziehen für den Zolltarif als wichtig und notwendig im eigenen wie im allgemeinen Interesse anpriesen. Selbst christliche Arbeiterblätter müssen zugeben, daß die katholischen Arbeiter beschwindelt worden sind, daß nichts von alledem eingetroffen ist, was man ihnen vor dem Zolltarif in Aussicht gestellt hat. Ob die blamierten Europäer die richtige Lehre aus diesen Vorgängen ziehen werden?

Die Berufsgenossenschaften im Jahr 1904.

Nach den dem Reichstag zugegangenen Rechnungsergebnissen der deutschen Unfallversicherungsgenossenschaften für das Jahr 1904 hat sich die Zahl der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht verändert, dagegen ist die Zahl der Versicherten von 1945422 auf 1987606 Personen. Davon entfielen 7849120 auf die gewerblichen und 1182697 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Die Zahl der versicherten Betriebe beträgt 5273341 (26988 mehr als im Vorjahre), von denen 619449 Betriebe gewerblicher und 4653892 landwirtschaftlicher Natur waren. Bei 119 Betrieben und 304 kommunalen Ausführenden Behörden waren 837834 Personen versichert. Die Zahl der zur Anmeldung gelangten Unfälle war nach im letzten der vorangehenden Jahre so enorm hoch wie im Berichtsjahr, auch die relativen Höhen sind trotz der bedeutenden Zunahme der Versicherten erheblich in die Höhe gegangen. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften stieg die Zahl der entschuldigungspflichtigen, also schweren Unfälle, um 6,24 Prozent im Vergleich mit dem Jahre 1903 auf 831 pro tausend im Jahre 1904. Dementsprechend ist, daß bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1904, dem Jahre der wirtschaftlichen Krise, eine Abnahme der relativen Zahl der Unfälle eingetreten ist. Fraglich kann das mit dem nunmehr geltenden werden, daß in den Krisenjahren die Arbeiter nicht so gut Arbeit gefunden wurden, wie es bei normalen Geschäftslagen der Fall ist.

Die Zahl der zur Anmeldung gelangten Unfälle betrug 683965, davon 322638 bei den gewerblichen und 145306 bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, sowie 41822 bei den Ausführenden Behörden und 3419 bei den kommunalen Behörden. Fraglos kann die sich immer mehr steigende Unfallhäufigkeit zum Teil auf die unzureichende, niedrige Höhe und zugleich ungenügende Anpassung der Arbeiter zurückzuführen werden. Die wenig ausreichende Unterstützung der Arbeiter in allen Gewerben, die Verwendung größerer mechanischer Kräfte, die komplizierten Arbeitsbedingungen u. s. w., alles das sind Dinge, die eine weitgehende Unfallgefahr bedingen. Was in der Literatur als der Eingriff des Versicherungswesens über die Maßnahmen, als fähige Mittel zum Zweck der größten Entschädigung bezeichnet wird, das zeigt keine Entschädigung in der Unfallpolitik mit ihren einschneidenden Gegenmaßnahmen.

Die Gesamtzahl der erstmalig entschuldigten Unfälle betrug im Berichtsjahr 137623 (Vorjahr 129325). Die Zunahme der entschuldigten Unfälle beträgt 6,28 = 6,4 Prozent, die gewerblichen Berufsgenossenschaften weisen bei 65285 erstmalig entschuldigten Unfällen eine Zunahme von 4625 = 7,7 Prozent auf. Von den Unfällen hatten 6222 (Vorjahr 6270) den Tod und 1804 (Vorjahr 1833) eine unheilbar dauernde völlige Gewerkschaftsunfähigkeit der Verletzten zur Folge. Im 19130 (Vorjahr 18567) schwerere Verletzungen wurde im Berichtsjahr zum ersten Male eine Rente bezahlt. Dementsprechend sah 6222 Verletzte, 12613 Kinder (Waisen) und 226 Verwundete der angeschlagenen Seite.

Wenn Vergleich der Unfallgefahr in den einzelnen Gewerbegruppen ermöglicht die nachfolgende Übersicht, die für die Jahre 1904 und 1903 die auf je 1000 Beschäftigten bezogenen Zahlen der Verletzten enthält, für die im Berichtsjahr zum ersten Male eine Entschädigung bezahlt wurde. Die Tabelle enthält auch die absolute Zahl der Verletzten in den einzelnen Berufsgruppen.

Berufsgruppe:	Zahl der Beschäftigten	Berichte auf 1000 Beschäftigte 1904	Berichte auf 1000 Beschäftigte 1903
Bergbau	642526	15,46	14,59
Steinbrüche	158261	14,88	14,91
Glas, Zäpferei, Ziegelei	348688	6,56	6,09
Eisen und Stahl	1126500	11,26	10,58
Metall, Feinmechanik, Musikinstr.	368176	6,86	5,80
Chemie	177461	6,65	7,96
Gas- und Wasserwerke	56647	6,78	6,96
Textilindustrie	819245	3,00	3,04
Buchdruck, Papier	516776	4,57	4,57
Leber, Bekleidung	278791	3,93	3,82
Golz	353213	12,63	12,41
Nahrungsmittel, Fleischeri, Tabak	358758	5,07	4,90
Müllerei, Zucker, Molkerei, Brennerei, Stärkeindustrie, Brauerei	287180	12,39	11,79
Bauwesen (Privatbetriebe)	1061284	11,70	11,90
Private Bahnbetriebe	80834	6,69	7,58
Lagerer, Fuhrwesen	332532	14,31	16,55
Binnenschiffahrt	50329	15,02	18,69
Seeschiffahrt (Privatbetriebe)	62220	6,72	6,49
Marine und Heeresverwaltung	52724	5,95	7,25
Öffentliche Baubetriebe	83902	7,19	7,94
Staatsbahnen, Post und Telegraph	414889	7,35	7,60
Staatsbetriebe für Schiffahrt, Baggerei, Fischerei u. s. w.	6527	12,56	11,92

Die stärksten Unfallziffern weist neben der staatlichen Schiffahrt, die das Rettungswesen einschließt, und die wegen ihres geringen Umfangs außerhalb der allgemeinen Verhältnisse steht, der Bergbau auf. Hier kommen auf je 1000 Versicherte 124,88 gemeldete Unfälle, die Zahl der erstmalig entschuldigten Unfälle betrug 15,46 pro Tausend; die niedrigsten Unfallziffern weist die Textilindustrie mit 13,99 pro Tausend gemeldeten Unfällen und 3 pro Tausend erstmalig entschuldigten Unfällen auf. Im Durchschnitt entfallen bei der gewerblichen Unfallversicherung auf je 1000 versicherte Personen 50,08 Unfälle auf 57,17 bei Berechnung der Beschäftigten. Bei der Gewerbe- Bau- und Seeschiffahrt beträgt die Zahl der Verletzten, für die erstmalig Entschädigungen bezahlt werden mußten, 9,32 auf je 1000 Beschäftigte, gegen 9,12 im Jahre zuvor.

Die Ausgaben der gewerblichen Berufsgenossenschaften betragen im Jahre 1904 insgesamt 116579253,08 Mk., die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften verausgabten 34736861,27 Mk. Die Gesamtausgaben der 503 Ausführenden Behörden haben sich auf 10489414,17 Mk., die der 14 Versicherungsanstalten auf 2327357,54 Mk. belaufen.

An Entschädigungsbeträgen sind 1904 von den Berufsgenossenschaften bezahlt worden 114664445,84 Mk., von den Ausführenden Behörden 10212935,05 Mk., von den Versicherungsanstalten der Bau- gewerkschaftsberufsgenossenschaften, der Ziehbau- und der Seeschiffahrt 1764358,57 Mk., zusammen 126641740,46 Mk. Davon wurden 30740 Mk. den Verletzten und ihren Angehörigen für die Zeit nach dem Ablauf der gesetzlichen Wartezeit von den Berufsgenossenschaften u. s. w. freiwillig gewährt! Von der Bestimmung, nach der Verletzte mit einer Erwerbsunfähigkeit von 15 Prozent und weniger auf ihren Antrag durch Kapitalabgaben abgefunden werden können, haben die Genossenschaften in 2945 Fällen Gebrauch gemacht und dafür 1041243,96 Mk. aufgewendet. Auf jeden Verletzten entfallen danach durchschnittlich 353,56 Mk. Wenn die Betroffenen mehr bedacht hätten, wie sie mit dieser verhältnismäßig minimalen Summe alle ihre Rechte an die Berufsgenossenschaften preisgeben, würde wohl mancher derartige Antrag unterblieben sein. 767 Verletzte haben im Rechnungsjahr wegen Hilflosigkeit eine höhere Rente als 66 2/3 Prozent ihres Jahresarbeitsverdienstes (die gesetzliche Rente) bezogen. Als Kosten der Fürsorge innerhalb der gesetzlichen Wartezeit, für die Unfalluntersuchungen und die Feststellung der Entschädigungen, für den Rechtsgang (Schiedsgerichte u. s. w.) und für die Unfallverhütung wurden zusammen 7424168,25 Mk. bezahlt. In die Reservefonds sind für das Jahr 1904 16943504,88 Mk. eingelegt worden. Als Verwaltungskosten einschließlich der sonstigen Ausgaben werden insgesamt 12283995,88 Mk. nachgemessen.

Nach dieser allgemeinen Übersicht der Rechnungsergebnisse der Unfallversicherung bringen wir nachstehend eine Zusammenstellung und Betrachtung speziell der Ergebnisse, die die Berufsgenossenschaften der Eisen- und Metallindustrie angehen. Diese zwölf an der Zahl, nehmen im Rahmen der gewerblichen Unfallversicherung hinsichtlich der Zahl der versicherten Personen die erste Stelle ein. Sie umfaßten insgesamt 101158 Betriebe gegen 99778 im Vorjahr. Die Zahl der versicherten Personen betrug in der Gruppe Eisen und Stahl 1159308, in der Gruppe Metall und Feinmechanik inklusive der Musikinstrumentenindustrie 383586. Die Betriebe und die durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten verteilen sich auf die einzelnen Berufsgenossenschaften wie folgt:

Berufsgenossenschaft	Zahl der Betriebe	Zahl der versicherten Arbeiter	Zunahme der versicherten Arbeiter gegen 1903	
Feinmechanik	4695	82	167906	17798
Sächsisch-Preussische Eisen- und Stahl	11558	975	176028	10980
Sächsisch-Preussische Eisen- und Stahl	662	32	62740	1853
Rhein-Westfälische Eisen- und Stahl	224	—	136961	5800
Bayrische Eisen- und Stahl	7232	1194	180110	12450
Sächs.-Thür. Eisen- und Stahl	5725	171	126787	7422
Norddeutsche Eisen- und Stahl	4490	137	97241	6132
Schlesische Eisen- und Stahl	1987	109	96867	3100
Norddeutsche Eisen- und Stahl	5780	—	131750	5109
Sächsisch-Preussische Eisen- und Stahl	2209	107	65782	4286
Norddeutsche Metall	3197	673	120490	9232
Schweide	53394	64043	84358	1357

Die Zahl der Betriebe hat gegen das Vorjahr eine Zunahme von 1375 erfahren; diese verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf alle Berufsgenossenschaften, eine Abnahme erfahren nur die Betriebe der Rheinisch-Westfälischen Eisen- und Stahlindustrie. Die Zunahme der versicherten Arbeiter beträgt 85619, die Verteilung dieser Zunahme auf die einzelnen Berufsgenossenschaften ergibt sich aus obiger Tabelle. Im Anschluß hieran sei die Zahl der Beschäftigten (berechnet nach der Zahl der Arbeitstage, geteilt durch 300) in Verbindung mit den Lohnbeiträgen und den hieraus sich ergebenden Durchschnittslöhnen, denen die Ziffern des Vorjahres beige gestellt sind, wiedergegeben. Es entfallen auf:

Berufsgenossenschaft	Beschäftigte	Entschädigungsbetrag in Mark	Der Durchschnittslohn betrug	
			1904	1903
Feinmechanik	167988	188183963	1120	1063
Sächsisch-Preussische Eisen- und Stahl	166949	166968000	1000	980
Sächsisch-Preussische Eisen- und Stahl	62772	71606192	1117	1064
Rhein-Westfälische Eisen- und Stahl	136961	157160835	1399	1301
Bayrische Eisen- und Stahl	181304	206508655	1139	1089
Sächs.-Thür. Eisen- und Stahl	126958	124148250	1000	969
Norddeutsche Eisen- und Stahl	97378	102587368	1069	973
Schlesische Eisen- und Stahl	96976	83269488	883	849
Norddeutsche Eisen- und Stahl	131750	129764162	1123	1150
Sächsisch-Preussische Eisen- und Stahl	65689	59359669	901	885
Norddeutsche Metall	121163	106960967	1002	1001
Schweide	146233	103214754	706	763

Der Durchschnittslohn bei sämtlichen Berufsgenossenschaften der Eisen- und Stahlindustrie beträgt 1019,30 Mk., bei Zugrundelegung von 300 Arbeitstagen ergibt sich ein Tagelohn von 3,40 Mk. Die berechneten Durchschnittslöhne dürften eher zu hoch als zu niedrig sein.

* Die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie wurde nicht in den Kreis der Betrachtungen gezogen, da diese Industrie eine erhebliche Anzahl außer Berufsgenossenschaftlicher Unfälle aufweist.

angegeben sein, da in den angegebenen tatsächlich verdienten Löhnen auch die Gehälter der Beamten eingerechnet und sonstige Pauschalsummen angegeben sind. Die Ziffern bedürfen keines Kommentars, sie werfen ein großes Schlaglicht auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie und lassen das Unternehmervort von den hohen Löhnen einmal wieder gründlich lügen. Ihre eigenen Angaben können die Unternehmer doch nicht wohl drehen und wenden. Wenn an Stelle der Vollarbeiter die durchschnittlich versicherten Personen gesetzt würden, läme noch ein geringeres Durchschnittseinkommen heraus.

Über die Organisation der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften ist folgendes zu bemerken. Sie setzen sich im Jahre 1904 zusammen aus 64 Sektionen mit 908 Vertrauensmännern, 319 Beiratsmitgliedern und 30, sage und schreibe mit Worten dreißig technischen Aufsichtsbekannteten, die zum Teile sogar noch als Rechnungsbeamte fungieren. Auf durchschnittlich 3372 Betriebe und 50077 Vollarbeiter entfällt glücklich ein Aufsichtsbekannteter. Es ist eigentlich ein Bohn, wenn da überhaupt von technischer Aufsicht gesprochen wird. Die Wirkungen dieser Aufsicht zeigen sich denn auch in den Ziffern der Verunglückten. Die Zahl der bei den Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften im Jahre 1904 eingelaufenen Unfallanzeigen betrug 110265. Die Zahl der Verletzten, für die Entschädigungen bezahlt werden mußten, betrug 14870, dazu kommen 73122 Verletzte aus den Vorjahren.

Die Folgen der Verletzungen, die Ursachen und näheren Umstände der Unfälle u. s. w. erfahren wir nur bei den Personen, für die Entschädigungen bezahlt werden mußten. Die Anwendung dieser Ziffern bedeutet jedoch eine Verschleierung der tatsächlichen Unfallgefahr, sie macht eine Reihe von Umständen mehr oder minder abgemächter Unfallfolgen zur Grundlage der Statistik. Will man die Unfallstatistik wissenschaftlich und sozialstatistisch behandeln, darf man sich nicht nur an die eventuell länger als 13 Wochen bestehenden Wirkungen der Unfälle halten, sondern man muß ihre Ursachen ergründen und die Häufigkeit der Unfälle berücksichtigen. Bei der offiziellen Unfallstatistik geschieht das nicht, diese zieht ihre Schlüsse nur aus den Unfällen, die entschädigt werden müssen. Die nachfolgenden Angaben und Ziffern können deshalb in der Hauptsache auch nur auf dieser Grundlage basieren. Die absolute Zahl aller Verletzten bei den einzelnen Berufsgenossenschaften der Eisen- und Metallindustrie, die Unfallhäufigkeit in den Jahren 1903 und 1904, sowie die Folgen der Verletzungen bei den entschädigungspflichtigen Unfällen zeigt uns nachfolgende Tabelle.

Berufsgenossenschaft	Absolute Zahl der Verletzten	Auf 1000 versicherte Personen entfallende Unfälle		Folge d. Verletz.	
		1904	1903	Zob. bau- erud.	vor- über- gehd.
Feinmechanik	7019	41,78	38,89	38	816
Süddeutsche Eisen- und Stahl	10287	58,12	58,84	74	750
Südwestdeutsche Eisen	6560	104,51	102,51	105	973
Rh.-Westf. Hütten- u. Walzwerks-	26238	191,57	180,09	149	1418
Maschinenbau- u. Kleinereisenind.	12677	69,92	64,72	77	1192
Sächs.-Thür. Eisen- und Stahl	8405	66,20	65,37	37	353
Nordöstliche Eisen- und Stahl	8854	90,92	87,43	47	895
Schlesische Eisen- und Stahl	8860	91,36	82,72	75	625
Nordwestliche Eisen- und Stahl	11292	85,71	95,05	70	1057
Südwestliche Edel- und Uedel-	1689	25,68	24,12	4	227
Norddeutsche Metall	4667	38,52	41,62	19	680
Schmiede	3717	25,05	19,09	27	206

Die meisten Opfer, sowohl absolut als relativ, forderte die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerkindustrie, hier entfallen auf 1000 versicherte Personen 191,57 Verletzte, die wenigsten Unfälle kamen in der Schmiedeindustrie vor (25,05 pro Tausend).

Die Gegenüberstellung der auf je 1000 versicherte Personen entfallenden Unfälle mit den Ziffern des Vorjahres zeigt uns mit Ausnahme der Süddeutschen Eisen- und Stahl-, der Nordwestlichen Eisen- und Stahl- und der Norddeutschen Metallberufsgenossenschaft, bei welchen eine Abnahme der Unfälle eintrat, bei allen Berufsgenossenschaften ein teilweise erhebliches Anschwellen der Unfallziffern. So sind die Unfälle bei der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerkindustrieberufsgenossenschaft von 180,09 auf 191,57 pro Tausend hinaufgeschwollen, bei der Maschinenbau- und Kleinereisenindustrieberufsgenossenschaft stieg die Unfallziffer von 64,72 auf 69,92 pro Tausend, bei der Schmiedeberufsgenossenschaft von 19,09 auf 25,05 pro Tausend.

Auffallend sind die großen Schwankungen der Unfallziffern innerhalb derselben Berufsgruppe. Die Süddeutsche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft zum Beispiel hatte 58,12 pro Tausend Unfälle, die Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft führt 66,20, die Nordöstliche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft 90,92 und die Schlesische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft 91,36 pro Tausend Unfälle auf. Es sind also Differenzen von 33,24 pro Tausend vorhanden.

Die nachfolgende Tabelle gibt uns einen Überblick, wie sich bei den einzelnen Berufsgenossenschaften die entschädigungspflichtigen Unfälle auf Alter und Geschlecht verteilen.

Berufsgenossenschaft	Erwachsene Verletzte		Jugendliche Personen	
	männliche	weibliche	männliche	weibliche
Feinmechanik	947	68	97	9
Süddeutsche Eisen- und Stahl	1536	18	97	1
Südwestdeutsche Eisen	642	3	18	1
Rhein-Westf. Hütten- u. Walzwerks-	2061	1	67	—
Maschinenbau- und Kleinereisenind.	1438	14	132	2
Sächs.-Thür. Eisen- und Stahl	942	18	86	1
Nordöstliche Eisen- und Stahl	1138	14	26	—
Schlesische Eisen- und Stahl	1531	29	60	2
Nordwestliche Eisen- und Stahl	1432	8	72	—
Südwestliche Edel- und Uedel-	208	66	17	2
Norddeutsche Metall	668	80	68	7
Schmiede	1154	1	128	—

Die Betriebsrichtungen und Vorgänge, bei welchen sich die Unfälle in der Eisen- und Metallindustrie im Berichtsjahre ereigneten, sind nachfolgend angegeben. Es kamen Unfälle vor an Motoren, Transmissionen, Arbeitsmaschinen . . . 4441
 an Hebemaschinen (Fahrstühlen, Aufzügen u. s. w.) . . . 850
 an Dampfmaschinen . . . 43
 durch Sprengstoffe . . . 35
 glühendes Metall, Gase, Dämpfe u. s. w. . . 749
 Einwirkung und Anstoßen von Gegenständen . . . 1463
 Fall von Leitern, in Vertiefungen u. s. w. . . 1567
 Auf- und Abladen von Gegenständen . . . 2008
 Fahrwerke . . . 427
 den Eisenbahnbetrieb (Überfahren) . . . 451
 den Verkehr zu Wasser . . . 18
 Stöß und Schlag von Tieren . . . 223
 Handwerkzeug und einfache Geräte . . . 1949
 sonstige Ursachen . . . 646

Die Gesamtausgaben der zwölf Eisen- und Metallberufsgenossenschaften beliefen sich auf 2297998,62 Mk. Hieron wurden auf Entschädigungen für Erwerbsunfähige 1455214,18 Mk., für Getötete 2167995,95 Mk., für Behandlung in Geist- und Genesungsanstalten 812441,13 Mk. bezahlt. Für die Fürsorge innerhalb der gesetzlichen Wartezeit wurden 51053,25 Mk. angewendet.

Die Kosten der Unfalluntersuchungen betragen 505254,68 Mk., die Schiedsgerichtskosten u. s. w. beliefen sich auf 33963,47 Mk., für Unfallversicherung wurden 139737,11 Mk. verausgabt.

Die laufenden Verwaltungsausgaben verursachten einen Aufwand von 1406100,06 Mk., hierzu kommen 25554,50 Mk. sonstige Ausgaben. In die Reservefonds wurden 3082770,39 Mk. eingelegt. Die für die Unfallversicherung aufgewandte Summe von 138737,11 Mk. ist so minimal, daß damit unmöglich wirklich Arbeiter-
 schutz geleistet werden kann. Die wenig teilsweise auf dem Gebiet

der Unfallversicherung geschieht, zeigt am drastischsten die Schlesische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, die für diesen Zweck ganze 284 Mk. und 40 Pf. übrig hatte. Bei den anderen Berufsgenossenschaften schwanken die Ausgaben für die Unfallversicherung zwischen 3115 Mk. und 22773 Mk., eine Durchschnittsberechnung ergibt die Summe von 9,2 Pf., die für einen Vollarbeiter für Unfallversicherung im Berichtsjahr ausgegeben worden ist.

Betrachtet man die Gesamtausgaben für Unfallentschädigung, die von den Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften aufgewendet wurden und im Berichtsjahr 18461593,67 Mk. betragen, so könnte man diese Summe für eine respektable Leistung halten. Und doch verschwindet dieser scheinbar große Aufwand gegenüber der gewaltigen Summe von Not und Elend, für die die Unfallversicherung Fürsorge treffen sollte. Bildet sie doch nur einen völlig unzureichenden Ersatz selbst für die geringe Zahl von Unfällen, für die eine Entschädigung wirklich anerkannt wird, und welche Schwierigkeiten müssen die Verletzten überwinden, um überhaupt zu ihrem Rechte zu kommen. Verteilt man die für Unfallentschädigungen aufgewendeten Summen gleichmäßig auf alle entschädigten Unfälle, einschließlich der aus früheren Jahren, für die noch Entschädigungen bezahlt werden, so entfällt bei den Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften im Durchschnitt auf einen entschädigten Unfall ein Betrag von 209,81 Mk., bei sämtlichen gewerblichen Berufsgenossenschaften beträgt diese Summe 204,52 Mk. In den berechneten Durchschnittsanwendungen sind auch die Ausgaben für Heilkosten, Beschäftigungsstellen, Fürsorge und Abfindungen enthalten. Der Durchschnittsbetrag aller Renten beläuft sich bei sämtlichen Berufsgenossenschaften nur auf 121,05 Mk. pro Jahr oder 33 Pf. pro Tag. Mit solch geringen Summen können unmöglich alle Wunden geheilt werden, die der Daseinskampf im Dienste der Unternehmer den Verunglückten geschlagen hat. Auf einen Versicherten entfällt von den Gesamtausgaben für Unfallversicherung ein Jahresaufwand von 8,25 Mk. (pro Tag 2 1/2 Pf.) und für Unfallentschädigung von 6,37 Mk. (pro Tag 1 1/2 Pf.). Es bedarf angesichts der Wichtigkeit dieser Summe keines Nachweises, wie wenig dieser Aufwand der Unternehmer gegenüber dem ins Gewicht fällt, was ihnen ihre Arbeiter verdienen müssen. Das Unternehmertum brüht sich damit, die Ausgaben für die Unfallversicherung aus eigener Tasche aufgebracht zu haben. Aber diese Summen mußten von den Arbeitern zuerst verdient werden und sie erscheinen noch lächerlich gering neben den Summen, die die Arbeiter für ihre Unternehmer aufbringen.

Die Unfall- und Erkrankungsgefahren in der deutschen Schiffbauindustrie.

Unserem in Nr. 13 gegebenen Versprechen gemäß geben wir in dem nachfolgenden einen ausführlichen Auszug aus dem Vortrag den unser Kollege Rudolf Wiffel aus Lübeck auf dem ersten Schiffskongress für alle in der Schifffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter gehalten hat. Es fehlt uns leider an Raum, das vollständige Referat, dessen Konzept uns der Referent freundlichst zur Verfügung gestellt hat, abdrucken zu können. Wir haben deswegen verschiedene an sich ganz interessante Stellen herauszuziehen. Der vollständige Wortlaut wird in dem demnächst erscheinenden Protokoll enthalten sein. Der Redner führte aus:

Es ist selbstverständlich, daß wir bei einer Erörterung der Erkrankungs- und Unfallgefahren in der deutschen Schiffbauindustrie nicht eine Besprechung der Schiffbauindustrie an sich umgehen können. Und das um so weniger, als wir ja auch die Wege suchen und finden wollen, um den ganz offenbar großen Gesundheitsgefahren dieses Industriezweiges entgegenzuwirken. Wenn wir also bestimmte Verhältnisse in einem großen, starken Industriezweig besprechen wollen, müssen wir auch den Stand dieses Industriezweiges kennen; ohne diese Kenntnis würden wir mit unseren Folgerungen rein in der Luft schweben.

Wenn wir heute von Schiffbau sprechen, so schweben uns im Geiste stets die gewaltigen Schiffbauhöfe und Werkplätze vor, wie wir sie in fast jedem Seehafen- und Hafenplatz heute sehen und hören — letzteres in sehr deutlicher Art. Wir sehen sie ragen, die Stützen und Balken, Stellagen und Gerüste, die großen Kriechkräne und massigen Werkstätten, die hohen Schilde und die roten Schiffskörper im Dock und am Werkplatz. Und wir hören das unaufgehaltene Rauschen und Gammern, das dem Fremden geradegu erschütternd auf die Nerven fällt. Das ist das Bild, das uns zuerst im Geiste aufsteigt und die kleineren Holzschiffswerften und Bootbauereien, die kennen wir heute kaum einmal mehr, an die denken wir kaum.

Redner schilderte darauf die Entwicklung des deutschen Schiffbaus während der letzten dreißig Jahre. Während man früher in England glaubte, daß der englischen Schiffbauindustrie niemals eine ausländische Konkurrenz erwachen könne, hat sich gezeigt, daß die Leistungen des deutschen Schiffbaus, wenn auch nicht quantitativ, so doch qualitativ mindestens denen des englischen ebenbürtig sind. Nichtsdestoweniger hat sich auch quantitativ die Leistung des deutschen Schiffbaus bedeutend gesteigert.

Sch weiß mich noch zu erinnern, daß ich anfangs der achtziger Jahre gelegentlich eines Besuches in Bremerhaven die „Eibe“, einen der damaligen neueren Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd, ganz besonders angefaßt habe, weil sie eine Maschine von 3000 Pferdekraften besaß. Heute ist das ja längst, längst überholt. Die Leistungen der Maschinenanlagen stiegen auf 6000 und 8000 Pferdekraften pro Schiff, dann auf 12000 und 16000, um schließlich bei der Inauguration des „Kaiser Wilhelm der Große“ (14849 Zons) auf 28000, bei der „Deutschland“ (16502 Zons) auf 33000 und bei dem „Kaiser Wilhelm II.“ (19361 Zons) gar auf 48000 Pferdekraften anzuwachsen. Bemerkenswert ist, daß zum Beispiel in England Maschinen von gar 68000 Pferdekraften gebaut werden für zwei mit Staatsubvention gebaute Dampfer der Cunardlinie, allerdings keine Kolbenmaschinen, sondern Turbinenmaschinen.

Die Gesamtleistung des Schiffbaus Deutschlands prägt sich am besten aus in der Lomage der fertiggestellten Schiffe. Nach einer Aufstellung über die Lomage der fertiggestellten Handelschiffe (Dampfer über 100 Zons, Segelschiffe über 50 Zons) sind in Deutschland gebaut worden im Jahre 1894 im ganzen 120000 Zons; 1901 stieg die Gesamtleistung auf 218000 Zons und 1905 betrug sie 202000 Zons. Vollständig sind diese Zahlen nicht, da ja die Schiffe unter 100 Zons, ferner auch die Kriegsschiffe, nicht mitgezählt sind. Eine am 13. Januar 1906 vom Berliner Vortrags-Komitee unter Benennung der Verfertiger bekanntgegebene Zusammenstellung, welche die einunddreißig Verfertiger umfaßt, die mindestens 300 Zons-Schiffe gebaut haben, gibt, einschließlich der der fertiggestellten Kriegsschiffe, die Lomage für 1904 auf 260742 und für 1905 auf 312310 an. Die dazu gehörigen Maschinen entwickelten 246620 Pferdekraften. Die genannte, den Großkapitalistenkreisen nahesteheende Zeitung sagt: „Diese Ziffern lauten für den deutschen Schiffbau im Jahre 1905 geradegu erbebend.“

Nach dem Germanischen Lloyd standen am 30. September 1905 auf deutschen Werften — mit Ausnahme der Danziger Werften, von welchen keine Zahlen vorlagen und abzüglich der Kriegsschiffe und derjenigen Handelschiffe, die weniger als hundert Zons faßen — zweiunddreißig Schiffe von im ganzen 224642 Brutto-Tons in Bau. Anfangs Januar 1906 befanden sich nach der Deutschen Tageszeitung vom 18. Januar 1906 bei den größeren deutschen Privatwerften Handelschiffe von rund 365000 Zons und Kriegsschiffe von rund 100000 Zons in Bau. An der Spitze stand der Stettiner Vulkan mit 60000 Zons Handelschiffen und 18000 Zons Kriegsschiffen. Es folgte der Bremer Vulkan in Begefac mit 55000 Zons an Handelschiffen. An dritter Stelle stand J. Schichau in Danzig mit 36500 Zons Kriegsschiffen und rund 19000 Zons an Handelschiffen. Die Aufträge der Werft von Blohm & Voß in Hamburg beliefen sich auf 31000 Zons an Handelschiffen und 11500 Zons an Kriegsschiffen. Die Krupp'sche Germania-Werft hatte 31700 Zons an Kriegsschiffen und 9000 Zons an Handelschiffen zu bauen. Die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft hatte gegen 40000 Zons an Handelschiffen zu bauen, die Werft in Bremen 21000 und 16800 Zons an Kriegsschiffen. Mit Aufträgen von über 30000 Zons waren ferner ver-

sehen die Neptunwerft in Rostock und J. C. Zecklenborg in Geestemünde. Mit über 10000 Zons Aufträgen waren dann noch zu verzeichnen die Reichertswerke in Kiel und die Eiderwerft in Lönning. Bei Reichert in Bremerhaven war diese Lomage nicht ganz erreicht. Endlich waren dann noch zu nennen Schichau in Elbing und Henry Koch in Lübeck mit je 5000 bis 6000 Zons, und die Oberwerke mit 4000 Zons.

Diese Zahlen Deutschlands stehen nun freilich ganz gewaltige Zahlen Englands gegenüber. Dieses Land stellte 1905 1623168 Zons fertig.

Es also der Anteil des deutschen Schiffbaus am Weltschiffbau auch nur ein geringer — er beträgt zurzeit etwa zehn Prozent — so steht er doch, wie ich schon sagte, qualitativ dem englischen durchaus gleich. Die neueren deutschen Schnelldampfer zum Beispiel sind bislang in der Geschwindigkeit noch nicht von englischen Schiffen überholt worden. Um das zu erreichen, ist ja auch die schon vorhin erwähnte Subvention der beiden Cunarddampfer in England erfolgt.

Aber nicht nur in der Produktionsstatistik kommt die Entwicklung des deutschen Schiffbaus zum Ausdruck, sondern mehr noch in der Veränderung, welche die Werfteinrichtungen selbst erfahren haben. Überblicken wir hier die letzten fünfjahrwärtigen Jahre, so sehen wir folgendes Bild. Für den Bau von eisernen Seeschiffen kamen in Frage:

Jahr	Zahl der Werften	das Anlagekapital	Es betrug:	vorhanden waren:
1880	18	15300000 Mk.	8500	47
1890	25	36100000 =	21800	103
1900	39	88100000 =	37750	154
1905	40	145000000 =	42000	170

Auf den meisten Werften sind die Maschinenanlagen und Fabriken erheblich vergrößert worden, ebenso hat man immer mehr die Handarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt. Wie weit die Entwicklung der Maschinenkräfte vor sich gegangen ist, läßt sich ja zahlenmäßig nicht feststellen, fest steht aber, daß sie eine ganz außerordentliche gewesen ist, immer weitere Zweige des Betriebs ergriffen hat und noch ergreift. Kurz, es ist nur zu sehr zutreffend, wenn die amtliche Denkschrift über die deutschen Seereisen den Abschnitt Schiffbau damit beginnt, daß sie sagt:

Die deutsche Schiffbauindustrie hat sich in den letzten sechs Jahren aufsteigend weiter entwickelt, ihre Kapitalien, ihre Anlagen und Einrichtungen erheblich vermehrt, sich den heimischen Bedarf mehr und mehr vom Ausland unabhängig gemacht, ihr Leistungsvermögen durch Anlagenerweiterung außerordentlich gesteigert.

Ja, meine Herren, das ist nur zu sehr wahr! Eine geradegu beispiellose Entwicklung hat die deutsche Schiffbauindustrie genommen. Und das finanzielle Ergebnis in den fünf Jahren von 1900 bis 1904 war ein überaus günstiges. Die vorhandenen hiebzehn Aktiengesellschaften haben in dieser Zeit eine Durchschnittsdividende von 8,4 Prozent verteilt. Im einzelnen stellt sich das finanzielle Ergebnis wie folgt (in 1000 Mk.):

Gesellschaft	Aktienkapital		Dividenden	
	1900	1905	1900	1905
1. Vulkan-Stettin . . .	10000	10000	—	—
2. Oberwerke-Stettin . . .	1600	1730	1000	1000
3. Neptun-Rostock . . .	1650	2200	1200	1450
4. Howaldtswerke . . .	5000	5000	2500	3784
5. Germania-Kiel . . .	5500	7500	—	—
6. Flensb. Schiffbau-Ges.	3300	3300	1000	3000
7. Blohm & Voß . . .	6000	6000	3000	2000
8. Reichert . . .	2500	3000	—	—
9. Jantzen & Schmilinsky	300	300	350	156
10. Weser-Bremen . . .	2500	7500	—	2000
11. Bremer Vulkan . . .	4000	7500	—	2500
12. Zecklenborg . . .	1400	3000	700	642
13. Seebeck . . .	1000	2750	800	650
14. Eiderwerft-Lönning	—	2000	—	1500
15. Müste & Co.-Stettin	—	800	—	454
16. Reichert-Bremerhaven	1500	1500	—	—
17. Nordseewerke-Emden	—	2100	—	—
Zusammen	46250	66180	10550	19138

In dieser Zusammenstellung befinden sich für 1903 2 Werften, die keine Dividende bezahlt haben: Howaldtswerke in Kiel und der Bremer Vulkan in Begefac. Die Gründe hierfür werden in dem Geschäftsbericht der Howaldtswerke wie folgt angegeben:

Die abgelieferten Arbeiten haben trotz der oben dargelegten Verhältnisse — nebenbei gesagt, bestanden diese Verhältnisse auch darin, daß die bezahlten Arbeitslöhne in einem ungünstigen Verhältnis standen gegenüber den für die Fabrikate erhaltenen Preisen . . . erst gegen Ende des Jahres gelang es ein richtiges Verhältnis wieder herzustellen — einen Überschuss von 437095 Mk. gefahren, aber leider haben wir nach vollständiger Berechnung der Baukosten des Kreuzers „Urdine“ einen sehr erheblichen Verlust zu erwarten. Wir halten daher für die Bilanz für notwendig und angemessen, den gesamten Jahresüberschuss dem Garantiefonds zu überweisen.

Das Stahl- und Walzwerk Rendsburg, das uns durch seine prompten Lieferungen bereits große Dienste geleistet hat, arbeitete bei dem vermehrten Angebot und den niedrigen Verkaufspreisen ebenfalls noch mit Verlust; auf unsere Beteiligung war deshalb eine Abschreibung von 135000 Mk. erforderlich.

Also der Verlust ist zum wesentlichen auf die falsche Kalkulation bei der Preisberechnung für das bezeichnete Kriegsschiff zurückzuführen.

Bei dem ungünstigen Jahresabschluss des Bremer Vulkan — die Werft hatte einen Verlust von 379290 Mk. — handelte es sich überhaupt nicht um Umstände, die in den Betriebsergebnissen der Werft selbst zu suchen wären. Im Geschäftsbericht wurde nämlich gesagt, daß ein Verlust überhaupt nicht eingetreten wäre, wenn die Werft nicht durch die Liquidation des „Vulkan-Beleg“ in Hoboken-Antwerpen 800000 Mk. eingebüßt hätte.

Run ist an dieser außerordentlichen Entwicklung eines auf-fallend, daß sie auch durch die eben hinter uns liegenden Jahre der wirtschaftlichen Depression nicht gestört wurde, daß überhaupt die Schiffbauindustrie von der rückläufigen Konjunktur kaum betroffen worden ist. Die Ursache dieser Tatsache ist im wesentlichen darin zu suchen, daß es in den guten Jahren nicht möglich war, die Leistungsfähigkeit der Werften sofort, gewissermaßen von heute auf morgen, zu vervielfachen. Sie waren deshalb in der Zeit der letzten Hochkonjunktur nicht in der Lage, allen Aufträgen genügen zu können. Die Werften waren gezwungen gewesen, sich lange Lieferfristen auszu-bedingen und waren nun beim Einsetzen des wirtschaftlichen Niederganges in die günstige Lage versetzt, noch genügende Arbeit zu haben. Es machte sich also die rückgängige Konjunktur im Handel nicht sogleich in der Schiffbauindustrie bemerkbar. Nurste dieser Konjunkturschwung selbstverständlich auch die Aufträge der haupt-sächlichsten Kunden, der Handelsreederei, mindern, so arbeiteten doch infolge der ausbedungenen langen Lieferfristen die Werften noch an den Hochkonjunkturbestellungen, als die Verhältnisse in der Reederei schon schlechter geworden waren. An diesen Aufträgen verdienen sie auch gut, da sie sie zu den hohen Materialpreisen der Hochkonjunktur hereinzuholen konnten. Auch der Umstand, daß der deutsche Schiffbau sich nicht gleich auf die Massenfabrikation geworfen hatte, wie es vielfach der englische hinsichtlich des Baues von Frachtschiffen getan hatte, hat vor Schäden bewahrt. War so einestheils der Schiffbauindustrie die Ausnutzung der Hochkonjunktur nicht möglich, so trafen sie jetzt andererseits aber auch nicht so die Folgen des Niederganges.

Dann kam aber auch ferner noch hinzu, daß auch in der Zeit des Niederganges manche Handelsreedereien und Schiffahrtsunter-

Wären Zahlen, die die Tränen, die Not, das Elend, das die Unfälle im Gefolge haben, selbst mit durchmachen müssen, am eigenen Ich empfinden, deren Familien, Frauen, Kinder sie spüren, die sollten selbst Urheber dieser Unfälle sein!

Und was für die Unfälle gilt, gilt auch für die allgemeinen Gesundheitsfragen in ganz derselben Weise. Fast möchte man meinen, daß die Gesundheitsverhältnisse günstiger Art wären, wenn man das sieht, was in einer gewissermaßen amtlichen Zeitschrift darüber gesagt ist. 1900 hatte die im Reichsmarineamt betriebene Redaktion der Marine-Rundschau zur Flottenpropaganda ein Sonderheft erscheinen lassen, in dem auch der Schiffbau besprochen war. Es wird vom Schiffbau (Seite 155) gesagt:

„Die in Frage kommenden Beschäftigungen stellen vielfach hohe Anforderungen an die Körperkraft der Arbeiter, sind aber als gesund anzusehen. Besonders günstig wirkt, daß die rasche Erweiterung der jungen Industrie Gelegenheit gibt, in hygienischer Beziehung und hinsichtlich der Unfallverhütungseinrichtungen weitgehenden Anforderungen zu genügen. Insbesondere ist die Einführung der elektrischen Beleuchtung im gesamten Betrieb einschließend der Hellinge hervorzuheben, die andererseits der Arbeiterschaft auch direkte materielle Vorteile brachte, da nunmehr in den Wintermonaten keine Einschränkung der Arbeitszeit und damit des Verdienstes zu erfolgen braucht. Die Unfallrate ist auf den Werften in beständigem Rückgang begriffen.“

Wie es mit dem Rückgang der Unfallrate aussteht, haben wir eben gesehen; fast eines Sines sind wir ein Steigen. Wie es in Wirklichkeit mit den Gesundheitsverhältnissen aussteht, erweisen die Krankentafelenergebnisse. Ein großer Teil der Werften hat Betriebskrankentafeln. Diese haben den Ausschichtsbehörden alljährlich eine Übersicht ihrer Geschäftsergebnisse einzureichen. Aus diesen ist auch die Krankheitsziffer der einzelnen Werften zu ersehen. Eine Vergleichung mit den Krankheitsziffern, wie sie sich auf Grund der amtlichen Statistik ergeben, muß also genau erkennen lassen, ob die Erkrankungsgefahr auf den Werften eine höhere ist als sie der Reichsdurchschnitt ergibt oder ob sie niedriger ist. Nun werden die Rechnungsergebnisse der einzelnen Werften nicht veröffentlicht, sie erscheinen auch nicht im Buchhandel. Ich habe also kein lückenloses Material zur Verfügung gehabt, aber das vorhandene gibt schon ein deutliches — zu deutliches — Bild der Erkrankungsgefahr der Werften. Es standen mir zur Verfügung die Berichte der Betriebskrankentafeln der drei kaiserlichen Werften für die Jahre 1900 bis 1904, von der kaiserlichen Werft Kiel auch für 1899, für Howaldtswerke für 1899, 1901 und 1904, für die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft für 1902, 1903 und 1904, der Germania-Werft für 1904, der Aktiengesellschaft Weser für 1902 und 1904. Die Ergebnisse dieser Tafeln, denen der Reichsdurchschnitt gegenübergestellt, ergeben nun folgendes Zahlenbild: 1. Krankheitsfälle, 2. Krankheitstage pro 100 Mitglieder.

Table with 7 columns: Year (1899-1904), Durchschn. (Average), and rows for various shipyards like 'Bei allen Krankentafeln d. Deutsch. Reiches', 'Kaiserliche Werft Kiel', etc.

Also bis zum Doppelten des Reichsdurchschnitts steigt für einzelne Jahre, für einzelne Werften die Erkrankungs-ziffer. Bei allen übersteigt sie den Reichsdurchschnitt um Hunderte von Tagen. Das ist die „gesunde Beschäftigung“, wie sie das vorhin zitierte Organ angibt.

Die Ursachen dieser Erkrankungsgefahr sind aus den Krankentafeln nicht zu ersehen, sie ergeben sich nur aus den Ausführungen der Arbeiter und da hören sie nun das folgende. Ich muß da wörtlich aus den Berichten zitieren und bitte sie, die Geduld bei dieser nicht abbreitenden Glenditane nicht zu verlieren. Ich fange im äußersten Westen an. Von den Nordseewerften wird berichtet:

„Mangelhafter Rauchabzug, Feldschmiede in der Schlosserei ohne Rauch- und Dunstabzug bei Holz- und Kohlenbrand. Weitere Abführung des Rauches gibt es nicht als durch die Eingangstüren, wenn diese geöffnet werden. Bei Feldschmieden daselbe Bild, wenn unter Deck genietet wird.“

„Wassergläser oder Wassereinrichtungen fehlen. Regenpfützen oder alten Topf zum Waschen.“

„Wenn einer dauernd mit den pneumatischen Maschinen arbeitet, dann bekommt er Juden in den Arm. Durch das starke Dröhnen der Aufstammmer wird das Nervensystem zerrüttet.“

„Durch die Mischung der Farbe zum Schnelltrocknen werden die Augen leicht entzündet.“

Rebner zitierte noch eine Reihe von Berichten aus 14 Werften, die im großen und ganzen daselbe besagen und teilweise eingehende Schilderungen von den Gesundheitschädigungen enthalten, die die pneumatischen Werkzeuge verursachen. Die fortwährenden Erschütterungen, denen die Arbeiter ausgesetzt sind, erzeugen Kopfschmerzen, während das betäubende Geräusch Schwerhörigkeit und die einwirkende Luft Rheumatismus hervorruft. Das ist die „gesunde Beschäftigung“ auf den Werften. Es wird mit Recht geklagt über schlechte Luft, über ungenügende Ventilation in den Arbeitsstätten anderer Industrien, daß aber tagelang und wochenlang die Arbeiter in solchem Dunst und in giftiggedüngerten Räumen arbeiten müssen, kommt dem doch wohl kaum anderswo vor. Daß durch die Arbeit in solcher Atmosphäre ein großer Prozentsatz der Arbeiter krank ist, kann sein muß, ist ja nur zu erklärlich. Solche Zustände lassen sich selbstverständlich leicht abschaffen. Allerdings kostet es einiges Geld. Geld kostet es aber nicht, wenn ein Arbeiter seine Gesundheit dahingegen hat und ein anderer an seine Stelle tritt. Kann man sich wundern, daß die Arbeiter erbittert sind, wenn man erfährt, wie gleichgültig die Werften gegen leicht einzuführende Verbesserungen sind, wie sie sich sogar dagegen sträuben. Bei einer der Hamburger Werften habe ich schon von den Klagen der Arbeiter über das leichte Explodieren der Lampen gesprochen. Seit Jahren sind deshalb auch die Werftarbeiter befreit gewesen, festzustellen, ob sich das nicht ändern ließe. Sie haben sich an eine Fabrik explosions-sicherer Gefäße in Salsgitten gewendet, haben dieser eine der alten Lampen eingesandt und diese ist dann geändert worden, daß sie nun absolut explosions-sicher ist. Die Fabrik schrieb bei der Rücksendung folgendes:

Wir übermitteln Ihnen heute die uns feinerzeit eingesandte Lampe, welche wir mit unserer Schutzvorrichtung und Sicherheitsverschluss versehen haben. Sie können dieselbe ruhig mit Benzin anfüllen, und oben anzünden, aus Ihrer, Ihnen feinerzeit übermittelten explosions-sicheren Petroleumlampe Benzin oder Petroleum eingießen und den überlaufenden Strahl der Flüssigkeit anzünden, es wird alles in bester Weise in Taft bleiben. Nach Erkauf der Lampe wollen Sie denartige Versuche Ihres Interesses dort zeigen und uns mitteilen, an wen wir uns wenden müssen, um ein Bild über die dort in Frage kommende Lampenanzahl, die zu sichern ist, und über eventuell zu liefernde neue explosions-sichere Lampen zu erhalten.

Die Probe fand dann auf der Hauptfeuerwache, im Beisein der Gewerbeinspektion und der Unfallkommission der Werftarbeiter unter Leitung des Branddirektors statt. Das Resultat war ein durchaus überraschendes, eine Explosion war ausgeschlossen und die Haupt-

burger Gewerbeinspektion ist eifrig bemüht gewesen, diese Sicherheitslampen zur Einführung zu bringen. Bis heute vergebens. Der Preis einer Lampe betrug 10 Mk., doch hatte die Fabrik mitgeteilt, daß es möglich sein werde, daß bei einer Bestellung von 1000 Stück der Preis der unten nicht geschützten Lampen nicht überschritten würde. Rebner kam dann auf die Gesundheitschädigungen zurück, die durch die pneumatischen Werkzeuge verursacht werden und die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

- 1. Blutandrang nach dem Kopfe.
2. Nervöse Störungen, Erweiterung der Pupillen, Schläffstörungen — der eine klagt über Schläffsucht, der andere darüber, daß er schlecht einschlafen kann —, Arbeitsunlust, frühzeitige Ermüdung, Unaufmerksamkeit, Schmerzempfindlichkeit, Furcht vor Geräuschen, Schreckhaftigkeit.
3. Gehörstörungen, Herabsetzung des Hörvermögens; Beeinflussungen der Armmuskulatur, Schmerzen, Zittern, Zuckungen; rheumatische Erkrankungen durch die den Apparaten entströmende kalte, verbrauchte Luft; Verdauungsstörungen.

Die Wirkung dieser Werkzeuge ist allerdings je nach der Konstitution verschieden; bei besonders kräftigen Arbeitern bleibt sie vielleicht auch aus. Schwächlichen Menschen ist diese Arbeit aber besonders schädlich. Es unterliegt für mich aber keinem Zweifel, daß die Arbeiter viel schneller ihre Körperkräfte verbrauchen. Und daß die durch diese Arbeit bewirkte Schädigung nicht unter dem Begriff der Betriebsunfälle fallen wird, das sieht auch sehr. Es ist völlig ausgeschlossen, daß solche gesundheitlichen Schädigungen, wie sie hier in Frage kommen, als entschuldigungs-pflichtige Unfälle angesehen werden. Daß es geschieht, muß angestrebt werden, obwohl das Unternehmertum den denkbar stärksten Widerstand einer solchen Anerkennung entgegenzusetzen würde. Auch hier wird wieder die alte Klage laut werden von der Begehrlichkeit der Arbeiter, von dem mangelnden Willen, sich auf sich selbst zu stellen, und ihrem Bestreben, mit allen Mitteln sich Rente zu eringen. Hat man doch schon im Reichstag von Regierungsseite aus gesagt, daß bei den Arbeitern Mangel an Tatkraft in Erscheinung getreten wäre, daß manche Arbeiter sich nicht mehr bemühten, unter Sammlung ihrer noch vorhandenen Kräfte für ihr Dasein zu ringen, sondern sich verlassen auf die Rente. Diese — die Rente — werde ja bisweilen geradezu zu einer fixen Idee, das höchste Glück, das man mit gerechten und ungeretheten Mitteln zu erreichen trachte. Wir müssen hier an dieser Stelle einmal auch auf dieses eingehen, weil es hinüberspielt auf die nervösen Erkrankungen der Arbeiter und diese geradezu gequält werden durch die Arbeit, die wir eben besprochen haben. Im Jahresbericht für 1904 des Arbeitersekretariats zu Lübeck habe ich schon auf diese den Arbeitern zu unrecht gemachten Vorwürfe hingewiesen. Ich hatte angeknüpft an die Verwunderung eines Arztes, der nicht begreifen konnte, daß die früher von ihm nie beobachtete Neurasthenie jetzt mit Ursache des Anstimmens der Rentenziffer sei, wie überhaupt die nervösen Erkrankungen. Er zitierte den Ausspruch einer nicht näher angegebenen ärztlichen Autorität:

Wenn Bismarck vorhergesehen hätte, welche Fälle von Nervenschwäche und Nervenleiden bis zur Geistesstörung die soziale Gesetzgebung zur Folge haben würde, so hätte er sicher ihre Einführung unterlassen.

Vor kurzem hat der Professor Dünke in Kiel sich gegen eine Ausdehnung der Versicherungsgesetze ausgesprochen, unter anderem auch, weil ihre Wirkung auf den Charakter schwächend und demoralisierend sei. Er ist der Meinung, daß der Betrug in gewissen Kreisen Mode werde und seinen Markel verliere. In diesem Jahre ist mir ein Gutachten unter die Hände gekommen, in dem von dem volksvererblichen Einflusse der Sozialgesetzgebung gesprochen wird.

So werden Vorwürfe gegen die Arbeiter erhoben, wird ihr Charakter und ihre Moral verächtigt, aus Ursachen, die man zu verstehen außerstande ist. Jawohl, es haben sich nervöse Leiden und Beschwerden auch beim Arbeiter gezeigt, Leiden und Beschwerden, die den Volkstreu und ernstlich betümmern müssen. Aber wenn man die Ursachen dieser Leiden finden will, dann suche man sie genau und bleibe mit Pfaffen zu Hause von der fehlenden Energie, mangelnden Tatkraft und schwächlichem Charakter! Man mache nicht aus dem Ankläger den Angeklagten, man schiebe nicht dem Opfer der Verhältnisse die Schuld an den Verhältnissen zu!

Und diese Leiden werden sich mehren, es werden nervöse Erkrankungen mehr werden, der Neurasthenie, Hysterie, Hypochondrie. Im Schiffbau ist uns eine Ursache dieser Leiden entgegengetreten, wir haben sie eben besprochen. Kann es denn wundernehmen, wenn das Rütteln und Schütteln des Körpers in immer wiederkehrender Weise, gar nicht einmal wahrnehmbarer Weise ändert und verändert, wenn so die Disposition geschaffen wird für spätere nervöse Erkrankungen, die vielleicht nur des äußeren Anstoßes bedürfen, um in die Erscheinung zu treten, und die dann bedeutet werden in der Weise, wie ich es vorhin geschildert habe. Langjährige Erfahrungen liegen hier noch nicht vor, aber die Werftarbeiter haben alle Ursache, beizeiten den Finger in die Wunde Stelle zu legen und auf die Ursache und Quelle ihrer nervösen Schädigungen hinzuweisen — und nicht nur dieser. Die Unternehmer werden sich darin zu finden haben, daß sie ihre Konkurrenzfähigkeit nicht entwickeln dürfen auf Kosten der Arbeiter. Es muß ihnen erst beigebracht werden, daß sie nur erfolgreich sein können, in der Konkurrenz anderen Staaten gegenüber, wenn sie sich stützen können auf eine intelligente, an Körper und Geist gesunde Arbeiterschaft.

Kann es noch einem Zweifel unterliegen, was die Werftarbeiter fordern haben? In erster Linie Verkürzung der Arbeitszeit, um den auf sie wirkenden schädigenden Einflüssen entgegenzuarbeiten. Das wird aber ein Punkt sein, den den lebhaftesten Widerstand der Werksbesitzer hervorrufen wird. Bis da die Werftarbeiter das ihnen durch die Entwicklung gesteckte nächste Ziel — Verkürzung der Arbeitszeit aus hygienischen Gründen — erreicht haben, wird's noch manchen harten Strauß mit den Unternehmern geben und da heißt es für die Werftarbeiter wie für die gesamte Arbeiterschaft: hinein in die Organisation zu ihrem und ihrer Angehörigen Segen und Heil. Nicht darf der goldene Sonnenzeit des Lebens die düstere Schattenzeit gegenübersehen, wie es heute der Fall ist. Mag in der Natur ein Wachsen, Gedeihen und Blühen nur möglich sein aus Tod und Vergehen heraus, mag da das Vergehende den Boden düngen zu neuem sprühendem Leben, in der menschlichen Gesellschaft sollen alle Kräfte wachsen und gedeihen, soll nicht Tod, Leid und Schatten die Begleiterscheinung des Gedeihens und Blühens der Industrie sein. In diesem Sinne nehmen sie die von mir vorgeschlagene Resolution an.

Sur Formerbewegung.

Erster Bezirk.

In Güstrow (Eisen- und Stahlwerk) wurde folgendes erzielt: Arbeitszeit 10 Stunden, Überstunden und Sonntagarbeit 25 Prozent Zuschlag. Lohnsätze für Former: Einstellungslohn 40 Pf., nach einem halben Jahre 45 Pf.; für Schlosser und Dreher 30 Pf., nach einem halben Jahre 35 Pf., nach zwei Jahren 40 Pf.; für Hilfsformer und Schmelzer Einstellungslohn wie bei den Pukern, nach einem Jahre 28 Pf., nach zwei Jahren 30 Pf., nach drei Jahren 32 Pf. Für die ungelerten Arbeiter wurde folgendes vereinbart: Die jetzt 22 Pf. beschäftigten erhalten im Sommer und im Winter den gleichen Lohn von 25 Pf. Nach dem 1. September Eingestellte erhalten nicht unter 22 Pf., nach 3 Monaten 24 Pf., nach dem 1. März 1907 25 Pf. Die ungelerten Arbeiter sind Leute, die vom Lande weg, wo sie sich melben, eingestellt und zu Hilfsformern ausgebildet werden. Sogar für diese konnte noch eine kleine Verbesserung erzielt werden. Mehr für sie herauszuholen, war unmöglich. Wir waren hier lediglich auf den „gütlichen Weg“ angewiesen, da diese Leute Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes sind.

Stargard.

Bei der Firma Büscher sind die Forderungen eingeleitet. Folgendes ist von den Firmen R. Seng und R. Riedel worden folgende Jugendämisse gemacht: Temperer erhalten bei eifrändiger

Arbeitszeit statt 2,60 Mk., 2,75 Mk., Ofenarbeiter statt 2,40 Mk., 2,60 Mk., Gofarbeiter statt 2,10 Mk., 2,40 Mk. Alles übrige wurde abgelehnt. Für die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Former besteht inessen in der Praxis schon der Zehnstunden-tag, weil sie mit dem Gießen früher fertig werden. Von den 80 bis 90 dort beschäftigten Arbeitern kommen für den Deutschen Metallarbeiter-Verband nur 17 Mitglieder in Betracht. Die dort beschäftigten Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes beschloffen aber, nicht zu streiken. Dies scheinen die Firmen als Schwäche ausgelegt zu haben; sie gingen dann zum Angriff über und sperrten alle Mann aus. — Erfolge auf dem Panzerwerk: Zehnständige Arbeitszeit. Bei Überstunden für Lohn- und Wffordarbeiter 5 Pf. Zuschlag. Mindestverdienst für Former 40 Pf. Raftenträger 34 Pf. Stundenlohn. Kernmacher 30 Pf. Andere Hilfsarbeiter 27 bis 32 Pf. (früher 24 bis 27 Pf.), Gofarbeiter 25 Pf. (früher 22 Pf.). Ofenarbeiter und sämtliche andere nicht besonders benannten Arbeiter erhalten 10 Prozent Lohnzuschlag.

In Zilit stehen die Former in Lohnbewegung.

Zweiter Bezirk.

Breslau. Unsere Mitteilung in voriger Nummer ist dahin zu ergänzen, daß die Scharfmacher gedroht haben, bei etwaiger Nutzlosigkeit der zum 11. April angebotenen Ausperrung der organisierten Arbeiter in den Gießereien die Ausperrung am 19. auf die organisierten Arbeiter sämtlicher Betriebe auszudehnen.

Am 12. April wurde der Beschluß des Metallindustriellen-Verbandes ins Werk gesetzt, indem mit der Ausperrung der Former und Gießereiarbeiter Breslaus begonnen wurde.

Vierter Bezirk.

Leipzig. Bei Mansfeld & Mosenthin sind die Former, Kernmacher, Gusspuher und Hilfsarbeiter in den Streit getreten.

Dresden. Es ist bis heute (9. April) noch nicht möglich, die Gesamtzahl der Ausgesperrten, die für den Deutschen Metallarbeiter-Verband in Betracht kommen, zu ermitteln. Die Unternehmer pfeifen bereits aus einem anderen Loch. Erst prüfalten sie damit umher, daß sie die Unorganisierten und die Angehörigen anderer Branchen, die mit von der Ausperrung betroffen wurden, unterstügen wollten. Dies scheint ihnen ein wenig zu lössipfelig zu werden, denn sie fangen schon nach und nach an, die Betriebe zu öffnen und die Arbeiter, die nicht zum Sperrbrecher werden wollen, mit Entlassung zu bedrohen. Die Firma Aug. Kühnscherf & Söhne verstande folgendes Zirkular:

Dresden, den 4. April 1906.

Im Anschluß an unsere heutige Bekanntmachung, die Ausperrung betreffend, teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß für Sie morgen Donnerstag, mittags 1 Uhr, die Arbeit wieder beginnt. Wir ersuchen Sie daher, zu dieser Zeit pünktlich an Ihrer Arbeitsstelle zu erscheinen.

Gemäß unserer heutigen Bekanntmachung bekommen Sie für Donnerstag vormittag den vollen Stundenlohn bezahlt. Eine weitere Entschädigung können wir Ihnen nicht zusichern, da Ihnen von Donnerstag mittag an wieder Gelegenheit zur Arbeit gegeben ist.

Hochachtungsvoll Aug. Kühnscherf & Söhne. Dresden.

Bis jetzt hat dieser Versuch, Uneinigkeit unter die Arbeiter zu tragen, noch keinen Erfolg gehabt. Im Gegenteil, es erfolgten so viele Anmeldungen zum Deutschen Metallarbeiter-Verband, daß die Beamten fast die Arbeiten nicht bewältigen können. Verschiedene Firmen, unter anderen auch Seidel & Naumann, haben an eine Reihe ihrer Arbeiter Briefe verfasst, worin sie aufgefordert werden, zur Arbeit zurückzukehren.

Wie weit der Wutstolzer der Unternehmer um sich gegriffen hat, kann man daran sehen, daß auch die Bauschlossermeister sich mit dem sonst so viel geschmähten Grobunternehmertum „solidarisch erklären“ und sämtliche Gesellen ausgesperrt haben, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind. Man sagt, daß dieser Beschluß in erster Linie Krautern zu verdanken ist, die selber keinen Gesellen haben, sondern nur mit Lehrlingen arbeiten. Ihnen kann eine solche Ausperrung nur recht sein, denn bei solchen Gelegenheiten blüht ihr Weizen. Den Meistern, die Gesellen beschäftigen, ist dieser Streich bald leid geworden und viele, in deren Betrieben sonst keine Kündigung herrschte, haben den Gesellen erst gekündigt, um sie auf diese Weise länger in Arbeit behalten zu können.

Wir sehen aus dem Ganzen, daß die Scharfmacher in Dresden wenig Ruhm ernten können. Werdings einen „Erfolg“ haben sie erzielt. Die Leiter des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter haben dem Unternehmen wieder einmal gezeigt, daß sie für alles andere eher zu haben sind, als für eine Vertretung der Arbeiterinteressen. Die Mitglieder des Gewerkevereins haben im großen und ganzen die beste Absicht gehabt, Solidarität zu üben, das beweist die Resolution, die sie nach der Bekanntmachung des Ausperrungsbeschlusses annahmen, die lautet:

Die Vertrauensmänner des Gewerkevereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter der Ortsvereine Dresdens und Umgebend, welche am 1. April versammelt sind, erklären einstimmig: daß die geplante Ausperrung der organisierten Metallarbeiter seitens des Verbandes der Metallindustriellen für die Kreishauptmannschaft Dresden nicht dadurch entschuldigend werden kann, daß nur Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes — nicht aber die Mitglieder der Gewerkevereine, des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes und der Evangelischen Arbeitervereine davon betroffen werden sollen.

Ein annehmbares Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter kann nur in tariflichen Vereinbarungen geschaffen werden. Da solche Tarife nur zwischen den beiderseitigen Organisationen abgeschlossen werden können, ist die erste Voraussetzung die gegenseitige Anerkennung der Organisation. Weil der Verband der Metallindustriellen sich hierzu nicht verstehen kann, erklären sich die Mitglieder des Gewerkevereins mit ihren Arbeitskollegen solidarisch. Sie erwarten aber, daß Verhandlungen betreffs Beilegung dieses Konfliktes nur unter Hinzuziehung ihres Vertreters stattfinden und eine Wiederaufnahme der Arbeit nur geschloffen erfolgt.

Als es sich um die Unterschreibung des in Nr. 15 mitgeteilten Reverses handelte, hatten die Mitglieder die Absicht, sich den Beschloffen darüber, ob die Unterschrift zu leisten ist oder nicht zu fügen. Nun aber kam der Herr Generalrat Klavon und dekretierte, die Mitglieder hätten die Revers zu unterschreiben und ruhig weiter zu arbeiten. Selbstverständlich hat dieses Vorgehen die lebhafteste Entrüstung erregt, nicht zum mindesten bei den Mitgliedern des Gewerkevereins selbst. In Dresden drang der Herr mit seinen Absichten nicht durch, aber in Rabenberg erteilte er die Anweisung, die bei der Firma Gschobach beschäftigten Gewerkevereiner sollten unterschreiben und der Unterschrift den Nachsatz anhängen: Mitglied des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Eine feine „Taktik“ in der Tat! Dadurch sollten die Mitglieder sich gleich als „artige Kinder“ kennzeichnen und kundgeben, daß sie nur durch den „Terrorismus“ des „sozialdemokratischen Verbandes“ gezwungen würden, zu „herrschen“. Die Firma witterte denn auch gleich, daß hier etwas „zu machen“ sei. Hing erschien ein anderer Revers, der sich lediglich gegen die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes richtete. Und die Mitglieder des Gewerkevereins in Rabenberg haben unterschrieben, so daß die Firma über das Organisationsverhältnis genau unterrichtet war!

Der Regulator merkt nun sehr wohl, welche Entrüstung ein solches Verhalten allenthalben hervorruft muß. In der wagen Hoffnung, diese Entrüstung vielleicht noch etwas umstimmen zu können, hat die Redaktion des Regulator fast den ganzen Raum ihrer Nummer 15 mit den witzigsten Schimpfereien und den schamloseten Lügen über den Deutschen Metallarbeiter-Verband angefüllt. Aus Rücksichten auf den Raum müssen wir es uns vorbehalten, noch später an Einzelheiten zurückzukommen. Für heute wollen wir nur ein Beispiel an-

nageln, das zugleich zeigt, wie „gewissenhaft“ die Redaktion des Regulator zu Werke geht. Auf Seite 67 des — Blattes steht folgendes: Bei Ehrmann sind 18 Metallarbeiter ausgesperrt. Die Arbeiter, fast durchweg Werkbändler, arbeiten weiter und haben in den letzten Tagen so große Afforde übernommen, daß sie bis weit nach Ostern Beschäftigung haben. Gemeint ist die Firma Ernemann, Aktiengesellschaft für Camerafabrikation. Die Firma hatte 20 Mann ausgesperrt, die in Lohn arbeiteten. Die Arbeiter sollten entlassen werden, wenn sie ihre Afforde fertig haben. Natürlich hielten die Arbeiter es nicht für notwendig, der Firma die Arbeiten fertigzumachen, die sie am nötigsten braucht, da sie aber nicht ausgesperrt worden waren, durften sie ohne Genehmigung der maßgebenden Instanz die Arbeit nicht niederlegen, mußten also vorläufig weiterarbeiten. Später haben sie den Betrieb verlassen und nur 25 (mit Einschluß der Meister u. s. w.) blieben stehen. Dies mag ja wohl erst nach Schluß der Redaktion der Nr. 15 des Regulators geschehen sein. Nichtsdestoweniger mußte die Redaktion des Regulators sehr genau, daß die Arbeiter nicht ohne weiteres die Arbeit hinwerfen durften (siehe Seite 66 — also eine Seite vorher — desselben Blattes). Das hindert sie aber keineswegs, frisch, fromm, frech darauf los zu verleiern.

Die ganze Zeit dieser Gewerbetreibenden läuft darauf hinaus, einen Teil in die Bewegung zu treiben. Dies suchen sie zum ersten dadurch zu erreichen, daß sie in den Reihen der Kämpfenden selber Verwirrung anrichten. Die Hirsch-Duncker'sche Presse weiß gar nicht genug zu erzählen von der „verfahrenen Formerbewegung“, wobei man die bis jetzt erzielten, doch ganz beachtenswerten Erfolge sorgfältig verschweigt. Bei dem Regulator ist dies Bestreben schon ins Größte umgeschlagen. In dem ganzen Blatt kein Wort gegen das Unternehmertum, aber desto mehr Schimpfereien gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Uns kann das recht sein. Damit zeigen die Herren nur, was Geistes Reiter sie sind. Wir wünschen weiter nichts, als daß dies allgemein bekannt wird, so daß schließlich die Erkenntnis zum Durchbruch kommt: Keinerlei Gewerkschaft mehr mit dieser Gesellschaft!

Unsere Kollegen aber rufen wir zu: Laßt euch nicht verwirren durch dieses hinterlistige Gebahren. Bewahrt unter allen Umständen die Disziplin, die in diesem Falle besonders notwendig ist. Nur so und nicht anders ist es möglich, Erfolge zu erzielen.

Fünfter Bezirk.

Braunschweig. Laut Beschluß des Vereins Braunschweiger Metallindustrieller sind am 11. April die Arbeiter folgender Fabriken entlassen worden: Eisenbahnmaterialfabrik Max Jüdel & Co., Aktiengesellschaft; Kanne, Gieseler & Koenigs; Grimme, Natalis & Co.; H. Bolze & Co.; Selwig & Lange; Braunschweigische Maschinenbauanstalt; Dampfseil- und Gasometerfabrik vormals A. Wille & Co.; Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktiengesellschaft; Karges-Hammer, Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft; Fr. Jantich & Co.; Jördens & Co.; Schönau & Fröhlich; G. Wülfing. — Von der Aussperrung werden ungefähr 6000 Mann betroffen.

In Hannover ist die Lage insofern anders. Aus diesem Orte ist aber besonders von der Betriebsamkeit bürgerlicher Heilenreißer zu berichten. Unter anderem finden die hannoverschen Tages-Nachrichten ihren Seiten die ergötzliche Mär auf, daß im ganzen 50000 Metallarbeiter streikend oder ausgesperrt sind. Das Vermögen des Verbandes betrug 2177198 Mk., bei 50000 Streikenden und Aussperrten dürfte diese Summe in etwa 14 Tagen verbraucht sein. So natürlich dieses Papier. Hier ist entschieden der Wunsch der Vater des Gedankens. Erstens ist die Zahl unserer kämpfenden Kollegen noch nicht halb so groß, wie dieser Schwund angibt, zweitens rechnet er nur mit dem Vermögen und nicht mit den laufenden Einnahmen, und drittens überieht er ganz dabei, daß es bis jetzt noch nicht notwendig gewesen ist, an die Opferwilligkeit der Verbandsmitglieder zu appellieren, Extrabudgete auszusprechen und dergleichen. Geheißt dies, so dürfen wir überzeugt sein, daß die Verbandsmitglieder dieses Opfer gerne bringen werden und die Unterzeichner werden dann schon einsehen müssen, daß sie schließlich doch den Kürzeren ziehen.

Siebenter Bezirk.

Nachen. Bei J. G. Sanderhagen, bei Dabois, Schöner & Herz und bei Lambert und Hülter werden 105 Mann. Bei J. Walbert und in der Josephstraße ist eine Einigung erzielt, die sich auf 50 Kollegen erstreckt. An Jungeländchen sind erzielt: für Hammer 150 Mk., für Schmied 480 Mk., für Schlosser 3 Mk. bis 4,90 Mk., für Schmelzer 4,80 Mk. und für Hilfsarbeiter 1,50 Mk. Die Affordpreise sollen demnach entsprechend erhöht werden.

In Solingen streiken die Kollegen bei Karsberg & Albrecht.

Achter Bezirk.

Die Bewilligungen der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe lauten folgendermaßen: Arbeitszeit 9 Stunden 24 Minuten. Zuschlag bei Überstunden (auch für Affordarbeit) — ausgenommen bei Betriebsunfällen — 25 Prozent, bei Nachtarbeit oder Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen 50 Prozent. Kaffeezuschlag: für Handwerker von 18 bis 20 Jahren 35 Pf., von 20 bis 25 Jahren 45 Pf., bei älteren Handwerkern 50 Pf., für Maschinenarbeiter 55 Pf., und einem halben Jahre 45 Pf., für Betriebsführer 45 Pf., für Betriebsführer, Schlosser, Kupferarbeiter, Kesselführer 55 Pf., für sonstige Hilfsarbeiter 30 Pf. Die Hilfsarbeiter, die diesen Lohn schon erreicht oder überschritten haben, erhalten 20 Pf. Lohnzuschlag. Die Afforde werden nur Übernahme der Arbeit festgesetzt und soll ausbezahlt, sofern die Arbeit ordnungsgemäß ausgeführt wird. Eine Revision der Affordhöhe unterliegt der gegenseitigen Vereinbarung. Die Affordpreise werden in das Lohnbuch der Arbeiter eingetragen. In Zweifelsfällen hat der Betriebsführer das Recht, die Lohnbücher einzusehen. Wenn ohne Verschulden des Arbeiters der Lohn die Höhe des Stundenlohns nicht erreicht, wird letzterer ausbezahlt. Gehalt ohne Berücksichtigung des Arbeiters Gehalts, so wird ihm die daraus resultierende Zeit in Stundenlohn vergütet. Gehalt ohne Berücksichtigung des Gehalts des Arbeiters, so wird ihm die daraus resultierende Zeit in Stundenlohn vergütet. Der Former hat das Recht, sich durch Angehörige an dem Gehaltsschied von feineren oder anderen Beschäftigten zu überzeugen. Die gesetzlichen Arbeitsverhältnisse sind von beiden Seiten streng eingehalten. Diese Vereinbarung tritt am 1. April 1906 in Kraft und gilt bis zum 1. April 1908. Bei dieser Firma kommen 100 Former in Betracht.

Bei der Firma Seneca in Karlsruhe hat die Vereinbarung zugehen denselben Wortlaut wie bei der vorgenannten Firma. Hingegen ist noch das hier nach für Schlosser, Dreher, Schmiede und Metallarbeiter ein Kaffeezuschlag von 45 Pf. und für Feiler von 20 Pf. vereinbart worden ist.

Wannheim. Bei Rudolf Otto Meyer ist eine Vereinbarung abgeschlossen worden. Bericht folgt.

Zehnter Bezirk.

Die in Kärberg abgeschlossene Vereinbarung hat folgenden Wortlaut: 1. Regelung der wöchentlichen Arbeitszeit durch Einführung der 48 Stunden wöchentlichen Arbeitszeit pro Woche. 2. Wöchentliche Lohnzahlung wird als feststehend betrachtet. 3. Wöchentliche Lohnzahlung der Überstunden und Zuschlag derselben mit einem Zuschlag von 25 Prozent zum Stundenlohn oder Lohnzuschlag. In Gruppen wird den Überstunden für Überstunden bis zu einer halben Stunde nicht bezahlt. 4. Regelung des Lohnbuches in der Weise, daß a) dem Arbeiter der Lohnbuch nach dem Lohn jeder Arbeit durch einen Lohnbuchführer mitgeteilt wird, b) der dem Arbeiter verordnete Lohn nicht ausbezahlt wird, c) der Lohnbuchführer die Lohnbücher nur dann einer Revision unterziehen werden darf, wenn dies durch Vereinbarungen in der Arbeitsvereinbarung bestimmt ist; d) der Lohnbuchführer ist in dem Falle, wo ein Arbeiter bei Aufhebung einer Arbeit zu einem neu festgesetzten oder veränderten Lohnbuch den mit ihm vereinbarten Stundenlohnzuschlag nicht zu erreichen vermag, genehmigt wird. 4. Der Kaffeezuschlag

wird in allen Fällen mit zwei Dritteln des vereinbarten Affordbetrags bezahlt. Jedenfalls wird den Formern und Kernmachern der Wochenlohn gewährleistet. 5. Schaffung genügender Betriebs-sicherheit durch: a) Anschaffung genügender Kran- und Hebewerkzeuge; b) Anschaffung genügender Betriebswerkzeuge, Formkästen, Stifte u. s. w.; c) Stellung einer genügenden Anzahl Hilfsarbeiter; d) Anschaffung genügender Beleuchtungs-, Heizungs- und Lüftungseinrichtungen der Werkstätte; e) Schaffung ausreichender Schutzvorrichtungen, Waschgelegenheit, Garderobenschränke und Bedürfnisanstalten. 6. In Betrieben, wo bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bereits bestehen, dürfen dieselben durch diese Vereinbarungen nicht verschlechtert werden. Die Hilfsarbeiter erhalten nicht unter 30 Pf. pro Stunde.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Forderungen zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 22. April der 17. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. April bis 28. April 1906 fällig ist.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 8 a des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Brandenburg: Der Metallarbeiter G. Bräggemann, geb. am 26. August 1877 zu Buz, Buch-Nr. 898268; der Metallarbeiter Gust. Bredow, geb. am 17. Januar 1876 zu Brandenburg, Buch-Nr. 898220; der Metallarbeiter Max Frosch, geb. am 7. April 1875 zu Brandenburg, Buch-Nr. 961029; der Metallarbeiter Gottl. Geride, geb. am 3. August 1857 zu Schmerke, Buch-Nr. 775794; der Metallarbeiter Otto v. d. Heiden, geb. am 28. September 1888 zu Neu-Volin, Buch-Nr. 898273; der Metallarbeiter Rudolf Henning, geb. am 27. Februar 1855 zu Lehn, Buch-Nr. 898269; der Metallarbeiter Fern. Herzberg, geb. am 29. März 1888 zu Angermünde, Buch-Nr. 738655; der Metallarbeiter Adolf Koppin, geb. am 19. September 1880 zu Bittel, Buch-Nr. 898230; der Metallarbeiter Aug. Lehmann, geb. am 20. September 1858 zu Plawe, Buch-Nr. 898249; der Metallarbeiter Rudolf Malitz, geb. am 30. November 1842 zu Eberswalde, Buch-Nr. 961068; der Metallarbeiter Fritz Sauter, geb. am 19. Juli 1878 zu Berlin, Buch-Nr. 420762; der Metallarbeiter Frz. Samemann, geb. am 11. Februar 1877 zu Schlawa, Buch-Nr. 898245; der Metallarbeiter August Bernicke, geb. am 16. August 1872 zu Bittel, Buch-Nr. 898092; die Arbeiterin Marie Tempin, geb. am 21. März 1862 zu Malchsdorf, Buch-Nr. 961037; der Schlosser Ernst Kranz, geb. am 16. Januar 1876 zu Bibo, Buch-Nr. 125022, sämtliche wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Finsterwalde: Der Metallarbeiter Gust. Drangasch, geb. am 26. August 1874 zu Sichterfeld, Buch-Nr. 607291, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamm: Der Schlosser Eduard Mittenhöfer, geb. am 11. Mai 1885 zu Halz, Buch-Nr. 898446, wegen Schwundel und Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln a. Rh.: Der Klempner Joh. Burgwinkel, geb. am ? zu ?, Buch-Nr. 898768, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Leer: Der Former Heinrich Brauer, geb. am 17. September 1873 zu Leer, Buch-Nr. 898691;

der Former Johann Seebach, geb. am 11. März 1874 zu Geilenberg, Buch-Nr. 774297;

der Former Ernst Bittes, geb. am 17. Oktober 1871 zu Bückeburg, Buch-Nr. 898689;

der Arbeiter Hermann Freese, geb. am 21. Januar 1866 zu Soga, Buch-Nr. 920591;

der Arbeiter Friedrich Groenemeier, geb. am 6. Februar 1872 zu Leer, Buch-Nr. 920589;

der Arbeiter Wilhelm Rampen, geb. am 27. März 1863 zu Soga, Buch-Nr. 962448;

der Arbeiter Wille Redentz, geb. am 6. April 1863 zu Sigboldshar, Buch-Nr. 920584; sämtliche wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Neffen: Der Schlosser Max Fromm, geb. am 25. Oktober 1885 zu Neffen i. Selz, Buch-Nr. ?, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwelm: Der Schlosser Frz. Moser, geb. am 25. Dezember 1884 zu Wünnen, Buch-Nr. 726510, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Nicht wieder aufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf: Der Drechsler H. Oberst, geb. am 16. Oktober 1857 zu Sorsbäum, Buch-Nr. 731900, wegen Demagogie.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kaiserlautern: Der Schlosser Karl Jörg, geb. am 21. November 1869 zu Schwelm, Buch-Nr. 894968, wegen Demagogie;

Die Metallarbeiterin Magd. Glaser, geb. am 12. Juni 1871 zu Oberstein, Buch-Nr. 884861, wegen Demagogie und Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Leer: Der Arbeiter Johann Wille, geb. am 15. November 1873 zu Edermann, Buch-Nr. 920597;

der Former Theodor Boeljen, geb. am 25. März 1872 zu Leer, Buch-Nr. 920589;

der Former Josef Dreger, geb. am 6. Februar 1856 zu Altenhagen, Buch-Nr. 962406;

der Former Adolf Eitermann, geb. am 30. Dezember 1858 zu Leer, Buch-Nr. 962407;

der Former Martin Reiners, geb. am 6. April 1878 zu Soga, Buch-Nr. 962402;

der Former Friedrich Stumpf, geb. am 27. September 1867 zu Leer, Buch-Nr. 962410;

der Schlosser Rippel Rippen, geb. am 12. Juli 1877 zu Leer, Buch-Nr. 920583; sämtliche wegen Streikbruch.

Nicht aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hirschberg: Der Former Heinrich Altmann.

Ausschreibung zur Nachprüfung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen des gegen sie beim Reichsgericht erhobenen Rechtsnichtigkeitsverfahrens einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf: Der Former Karl Lehner, geb. am 25. September 1872 zu Gels, Buch-Nr. 755973, wegen Demagogie und Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Tübingen: Der Dreher Gustav Reinhard, geb. am 20. Januar 1881 Wunderheim, Buch-Nr. 343882; der Schlosser Emil Kittner, geb. am 8. Mai 1869 zu Brombe Buch-Nr. ?, beide wegen Logischwindbelegen. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Urdingen: Der Schmied Nikol. Rechtenwald, geb. am 17. April 18 zu St. Wendel, Buch-Nr. 531891, wegen Unterschlagung.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drahtwebern und Ziehern nach Eidelstedt, Post. (Woll) A von Dreher, Dreher, Ziehern, Gürtlern, Polierern, Metallwebern, Schleifern u. Ziehlern nach Erfurt: Iversgehofe (Zöbelmann & Grimm) M.;
- von Emailierbrennern und Aufträgern nach Remscheid (Wingassien & Hinrichs) M.;
- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Aachen St.; nach Breslau; nach Elbing (Firma Kummel, Maschinenfabrik) L.; nach Köln a. Rh. (Firma Herberich & Co., Sülzer Eisenwerke Fremerer & Stamm in Süd D.; nach Ronsdorf bei Remscheid (Firma W. Thöning) S. nach Schmalkalden (Rudolph, Wolke) St.; nach Solingen nach Stettin; nach Tangermünde (S. Friede) St.; nach Wolgast (Eisenwerke Leuz und Nischel) St.;
- von Hütten- und Metallarbeitern nach Kladno i. Böhmen (Goldhütte) M.; (Prager Eisenindustrie-Gesellschaft) D.;
- von Kesselpfern nach Berlin (Firma Pletschmann und Fritze) D.;
- von Klempnern, Blechballagearbeitern und Arbeiterinnen nach Breslau (Gasmeserfabrik Pintsch) D.; nach Düring bei Heilbronn (Hohenlohe'sche Blechballagefabrik Schütt) M. nach Ulm (Neue Industriewerke) M.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach A. Böhmen (Firma Schaffer & Hubenberg) D.; nach Darmstadt (Gertel & Haflinger) M.; nach Dessau (Eisenwerke und Maschinenfabrik von Polshus) M.; nach Dresden M.; nach Eberswalde (Rabatorwerke) St.; nach Eisenach (Fahrzeugfabrik) M. nach Guden (Westf. Nordseifen) D.; nach Güstrow D. nach Halle a. S. (Waggonfabrik Hindner in Annaburg bei Halle); nach Hannover M.; nach Heilbronn (Fahrzeugfabrik) M.; nach Kassel (Evers & Höffel, chirurgische Instrumentenfabrik) M.; nach Leer und Norden i. Ostfriesland M.; nach Kiegnitz i. Schlesien St.; nach Magdeburg (Gebr. Commaich) St., Metallwerke vormals J. Wiers, Abteilung Holzbrug, Aug. Böhmer & Co.; nach Meissen i. S. (Firma Wiersch & Lode) St.; nach Peine (E. Ranz Nachf.) St. nach Pirna a. S. (Gebr. Gebler) M.; nach Pritzwalk bei Neu-Stuppin (Maschinenfabrik Gwald) St.; nach Rostock (Neptunwerk) M.; nach Schweinfurt (Fichtel & Sachs) M.; nach Solingen; nach Stettin (Gebr. Störmer) D. (Firma Möste) M. nach Stuttgart (Fein, elektrochemische Fabrik) D.; nach Volpriehausen St.; nach Werdau i. S.; nach Wien Stadlau (Siemens-Schuckertwerke und Elektrizitätsgesellschaft Union); nach Zella-St. Blasii (Firma J. Langenhan, Gewehr- und Fahrradfabrik) D.;
- von Schlägereiarbeitern nach Solingen St.;
- von Schlossern nach Breslau (Siegismund) St.;
- von Schlossern und Schmieden nach Bunzlau (Firma Präfeld) St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; N.: Maßregelung; W.: Mißstände; R.: Lohn- oder Afford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Ludwigshafen. Die Feilenhauer der Firma Renner & Siegmart haben sich genötigt, der Firma eine Forderung betreffend Lohn-erhöhung, Abschaffung von Mißständen, Einrichtung von Kleider-schränken und Waschgelegenheit und Lieferung der Gesenke und der Feilen für jeden Feilenhauer auf die Bank zu unterbreiten. Die Firma hat diese Forderungen bewilligt. Sie erhöhte die Löhne um zehn Prozent, eine Lohnserhöhung, die der in dem eingereichten Tarif vorgesehenen gleichkommt. Hier hat die Einigkeit der Kollegen einen guten Erfolg herbeigeführt.

Former.

Wolfsk. Es ist nicht das erstemal, daß die Zustände in Dautschammer öffentlich in der Presse geäußert worden sind. Trotzdem ist fast alles beim alten geblieben. Zu wundern braucht man sich ja nicht, wenn man in Betracht zieht, daß trotz aller Versammlungen, Sitzungen und Ausschüsse keine nennenswerten Erfolge zu erzielen waren. Es mag ja vielleicht mit Schuld haben, daß die Arbeiter größenteils ihr Häuschen hier haben, ihre Kartoffeln selber bauen u. s. w., aber dann sagen, — sie haben keine Organisation nötig, das ist auf keinen Fall richtig. Wie könnten sonst die höheren Betriebs-beamten nur immer wieder das alte Schlagwort gebrauchen: „Hier ist der Arbeiter zufrieden, wenn er nur 250 Mk. verdient, er hat ja doch seine Kartoffeln selber.“ Oder: „Wir wollen nur solche Arbeiter haben, die zu Hause noch ein bißchen Feldwirtschaft haben.“ Arbeitskollegen! Wir wollen nicht hegen, aber Hand aufs Herz, müssen solche Ansprüche nicht das Ehrgefühl der Arbeiter ans tiefste verletzen? Glauben denn die Beamten, wenn der Arbeiter bei zehn-zwölfstündiger und längerer Arbeitszeit seine Kraft bis auf das äußerste verbraucht hat, er noch zu Hause tüchtig schlafen soll, vielleicht noch die halbe Nacht, bloß deswegen, damit das große Eisenwerk auchhammer seine Arbeiter mit Hungerlöhnen abspeisen kann, was den vielen nichtstunenden Aktionären noch eine höhere Dividende in den Schoß zu werfen? Aber wer dumm ist, muß geprügelt werden. Zum Beispiel die Former maßregeln ja da an der Spitze. Es ist keine Seltenheit, daß Former die halbe, ja sogar die ganze Nacht durcharbeiten. Sie geistig bilden, ist dabei doch völlig ausgeschlossen, besonders in dieser Bade, wo kein Formermeister aus-halten kann, was dann der Schreinermeister die Ruhe leitet. Die Former schmeiteln mit dem Kopfe, aber sich auf ihr Selbstmaßmaßlein und ihre Charakterschwächen besinnen, das tut man nicht. In der Formerzeit hat man sich sogar erlaubt, einen Former zu maßregeln, weil er einen Kollegen, mit dem er jahrelang als Vorstandsmittglied im Kreisverein zusammen arbeitete, das letzte Geleit gegeben hat. Er hatte nur zweidreiviertel Stunden verjährt und mußte deshalb gehen. So sagt man wenigstens. Eingeweihte sagen freilich anders. Der Kollege ist Kassierer in der hiesigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Zu bemerken ist noch, daß er zweimal höflich um Urlaub nachgesucht, aber keinen erhalten hatte. Anders waren den ganzen Nachmittag ohne Urlaub weggeblieben:

diese wurden mit einer Mark bestraft. Einer wurde von Herrn Betriebsinspektor Humperding gefragt, ob er Soldat gewesen sei. Auf die bejahte Antwort sagte der Herr ungefähr folgendes: „Dann müßten Sie erst recht wissen, daß Sie nicht gehen dürften, beim Militär wird das doch streng bestraft.“ Also der Herr vergleicht die Arbeiter mit Rekruten. Dadurch wird einem manches verständlich. Andere hatten Urlaub erhalten, wurden aber trotzdem bestraft. Die Süßpugerei ist das reine Dorado. Obgleich immer mehr Guß hineinkommt, werden keine neuen Räder eingeflekt. Da heißt es: „Seht aber feste los, das und das brauchen wir.“ Da muß so lange gearbeitet werden, bis es fertig ist. Wenn man sich am Monatsende den Lohn bezieht, wird er immer weniger. Die „Knappschaff“ ist auch so ein Mittel, um den Arbeiter an die Scholle zu fesseln. Sieht man sich diese näher an, so möchte man die Hände über dem Kopfe zusammen schlagen. Die Generalversammlung wird gebildet aus den paar Knappschaffältesten und dem Vorstand, die einestheils zugleich Vorstandsmitglieder und andernteils Werkvertreter sind. Was da zuweilen für Beschlüsse zustande kommen, mag sich selbst ausmalen. Obwohl das Wort viel weniger Beiträge leistet als die Arbeiter, nimmt es doch das Recht für sich in Anspruch, ebensoviel Vorstandsämter zu belegen als die Arbeiter. Sogar kommt, daß die Arbeitervertreter infolge ihres Abhängigkeitsverhältnisses fast immer so stimmen werden, wie es die Direktion will. Fünf Jahre muß man ununterbrochen ständiges Mitglied gewesen sein, damit man zum Knappschaffältesten gewählt werden kann. Die Wahlen sind öffentlich und finden im Knappschaffbüro statt, also unter den Augen des Kassiers, der zugleich als Polizeigewaltiger von Lauchhammer gilt. Wenn man noch in Betracht zieht, was für Mühe und Unannehmlichkeiten damit verbunden sind, um einmal irgend etwas zu erhalten, so muß man sich doch fragen, ob es wünschenswert erscheint, daß die Kasse in dieser Weise noch länger zu bestehen brauche. Da wäre es vielleicht doch besser, wenn die Arbeiter den Teil der Beiträge, die das Werk leistet, auch noch selber zahlen und das Selbstverwaltungsrecht hätten, dann könnten sie sich die Einrichtungen so schaffen, wie es einer großen Arbeiterwohlfahrts-einrichtung in unserer vorgeschrittenen Zeit gebührt. Aber auch in sanitärer Beziehung bleibt sehr viel zu wünschen übrig. Ein Brausebad ist ja da, so groß, daß vielleicht zwanzig Personen darin baden können. Man denke eine Formerei, wo so viel Hunderte arbeiten, den ganzen Tag gießen, ausleeren, formen und immer wieder gießen, der Staub, der da entsteht, und dann eine Badeanstalt für zwanzig Mann. Extraräume, um das Frühstück und das Mittagbrot einzunehmen, gibt es nicht. Da muß in der Werkstätte gegessen werden, wo man vor Staub fast nichts hinterbekommt. Man braucht sich deswegen auch nicht zu wundern, daß es der Firma immer schwerer wurde, Formnerlehrlinge zu erhalten. Man baute nunmehr ein Lehrlingsheim und ein Gesellenheim. Das Lehrlingsheim wird ja doch so leidlich benutzt. Man holt sich die Lehrlinge eben von auswärts her. Aber das Gesellenheim verfehlt vollständig seinen Zweck. Die Lehrlinge dampfen ab, sowie sie ausgeliefert haben. Sie wollen sich die Luft nicht nach militärischem Muster nicht länger gefallen lassen. Denn ganz wie beim Militär wird auch hier des Abends zum Schlafegehen und des Morgens zum Aufstehen befohlen. In anderer Hinsicht läßt man den Lehrlingen aber mehr Spielraum und Freiheit als ihnen zukommt, so daß die Formner sich überhaupt nicht unterziehen, einen Lehrling auch nur schief anzusehen. Andererseits wieder kommt es vor, daß sie tüchtig mit Schlägen bearbeitet werden. Aber nicht etwa von den Meistern oder von den Formnern, sondern von dem Hausvater, der als Unteroffizier gebietet hat und wahrscheinlich den Drill, welchen er dort den Rekruten zuteil werden ließ, hier bei den Lehrlingen erprobt. Kein Wunder, daß die Ausgelerten so schnell wie möglich dieser Bude den Rücken kehren. Also der Nachwuchs fehlt vollständig. Fremde stellt man aus begreiflichen Gründen nicht ein. Die alten Formner haben aber den Schaden doppelt zu tragen. Man gibt dem einzelnen Formner einen Arbeiter zur Hilfe, um nach und nach Ersatz und Lohnträger zu bekommen. Wären die Formner nur halbwegs organisiert, so könnte dies nicht vorkommen. Hier gilt es, den Hebel anzusetzen. Arbeiter von Lauchhammer wollen ihr in den Augen eurer Klassenorgane wirklich nur als Heloten gelten, wollen ihr immer noch so stumpfsinnig dahin leben, wo bald dreihunderttausend eurer Kollegen ihre Klassenlage längst erkannt haben, wollen ihr die allerletzten sein, die wirklich Opfer zu bringen verstehen für ihre Menschenrechte? Verschafft euch mehr Selbstbewußtsein und tretet ein in die Reihen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Dann wird sich die elende Behandlung, durch die Beamten halb ändern und ihr könnt als freie selbstbewußte Kämpfer in die Zukunft schauen. Anmeldungen nimmt zu jeder Zeit euer gemäßregelter Kollege Ernst Starke entgegen. Zeitungen werden zugestellt.

Gold- und Silberarbeiter.

Hannau. Zur Lohnerhöhung in der hiesigen Edelmetallindustrie. In dem Jahresbericht der hiesigen Handelskammer pro 1906 wird wiederholt angeführt, „daß für fast alle Arbeiter des Edelmetallgewerbes eine nicht unerhebliche Erhöhung der Löhne eingetreten ist. Die hiesige Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes stellte aber durch eine besondere Erhebung fest, daß die Löhne erstens nur für einen Teil der Arbeiter erhöht wurden, das zweitens die Lohnerhöhungen meistens nur ganz unbedeutend sind. In einer ganzen Reihe von Geschäften sind nur verschwindend wenig von den beschäftigten Arbeitern mit der Lohnerhöhung bedacht worden, überdies stellte sich die Zulage oft genug auf — 1 Pf. pro Stunde. Ferner heißt es in dem Handelskammerbericht: Die Lohnerhöhung ist erfolgt nicht etwa unter dem Druck der Agitation der Arbeiter, die zum Teil in einem neuerdings dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossenen Fachverein organisiert sind, sondern die Fabrikanten haben die Lohnerhöhung freiwillig eingeräumt, um den gesteigerten Produktionsanforderungen und den teureren Lebensverhältnissen Rechnung zu tragen, und um sich einen Stamm tüchtiger Arbeitskräfte zu erhalten. Demgegenüber steht fest, daß die Lohnerhöhungen fast durchweg erst auf ausdrückliches Verlangen der Arbeiter oder nach der Kündigung einzelner Arbeiter erfolgt ist. Darüber kann denn auch kein Zweifel bestehen, daß die Arbeiter ohne die Verständigung in ihrem Verband selbst diese geringfügigen Lohnerhöhungen nicht erlangt hätten. Am 6. April fand eine öffentliche Gold- und Silberarbeiterversammlung statt, die zu dem unrichtigen Bericht der Handelskammer Stellung nehmen sollte. Zu dieser Versammlung war auch der Syndikus der Handelskammer Herr Dr. Grambow eingeladen. Der Herr teilte aber dem Kollegen Straß mit, daß er bereits durch anderweitige Verpflichtungen in Anspruch genommen sei, und daher der Einladung nicht Folge zu leisten vermöge. Die Versammlung nahm nach eingehender Besprechung der Frage und des Ergebnisses der Erhebung einstimmig folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung erklärt die Angaben der hiesigen Handelskammer, daß die hiesigen Gold- und Silberarbeiter im vergangenen Jahre erhebliche Lohnerhöhungen erhalten hätten, für unrichtig. Vielmehr haben die Löhne noch nicht einmal mit den stetig steigenden Lebensmittelpreisen gleichen Schritt gehalten. Dies beweist mit aller Deutlichkeit die erst vor wenigen Tagen vorgenommene Umfrage unter den Gold- und Silberarbeitern. Unter diesen Umständen hält es die heutige Versammlung für eine dringende Notwendigkeit, dahin zu wirken, daß die Löhne eine größere Steigerung erfahren. Sowie würden die hiesigen Gold- und Silberarbeiter trotz des guten Geschäftsganges noch schlechter als früher stehen. Um eine solche allgemeine, den jetzigen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung zu erringen, ist es unbedingt notwendig, daß auch der letzte Gold- und Silberarbeiter, der noch unserer Organisation fernsteht, sich dieser sofort anschließt.“

Metallarbeiter.

Essen. Das Rundschreiben der Unternehmer-Verbände, in dem über die Sparte der Maschinenfabrik Union allerlei Unsinns- und Falschheiten verbreitet wird, wollen wir hier in aller Kürze richtigstellen. Der Kollege Götz ist nicht wegen Vernachlässigung seiner Pflichten entlassen worden, sondern wegen seiner Tätigkeit als Vertretungs-mann, denn wenn man einen Arbeiter zum Vorarbeiter ernennen will, wird wohl die Pflichtverletzung nicht weit her sein. Wir haben in einer vorhergehenden Nummer der Metallarbeiter-Zeitung schon

darauf hingewiesen, daß auf der Union unter den Arbeitern ein anderer Wind weht und diesen Wind hat der Kollege Götz dort hineingebracht, dieses mußte geordnet werden, mithin erfolgte die Entlassung. Die Sperre, die von der Organisation verhängt wurde, ist auch nicht so nutzlos für die Arbeiter vorübergegangen, sie hat uns gezeigt, daß keines Zusammenhalten der Arbeiter für die Gesamtheit nur von Vorteil ist. In einer Audienzbesprechung wurden von den Arbeitern folgende Forderungen aufgestellt: 1. Lohnzahlung alle 14 Tage. 2. Rechtzeitig bestellen zu überfunden. 3. Zuschlag von 25 Prozent für Überstunden bis 8 1/2 Uhr, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent. 4. Der Akkord soll bei kleineren Arbeiten sofort, bei größeren spätestens einen halben Tag nach Beginn der Arbeit mit dem Arbeiter vereinbart werden. 5. Den Drehern ist in dem Falle, wo sich ein Arbeitsstück ohne ihr Verschulden als unbrauchbar erweist, für die geleistete Arbeit ein Minimalstundenlohn von 50 Pf. zu zahlen. 6. Fortmachtenverkäufen durch einen Schreiner. 7. Anschaffung von Werkzeugschränken. 8. Wegschaffung der Modelle nach jedem Guße. 9. Festsetzung eines Minimallohnes für jede Arbeiterkategorie. 10. Die in den Statuten verzeichneten Lohnsätze sind mehr mit dem wirklichen Verdienst in Einklang zu bringen. Die Forderungen 2, 4, 6, 7, 8 und 10 wurden bewilligt. Forderung 1 wurde in der Antwort der Firma als unerfüllbar bezeichnet, jedoch sollen inzwischen Abschlagszahlungen stattfinden, die möglichst mit dem wirklichen Verdienst übereinstimmen. Forderung 3 wurde soweit bewilligt, als es sich um Kommissionsarbeiten handelt. Der Forderung 5 wird soweit Rechnung getragen, daß den Drehern 75 Prozent des Stundenverdienstes, berechnet nach der vorherigen Lohnperiode, vergütet werden. Auf die Forderung 9 antwortete die Firma: „Wir haben bereits im Laufe eines Jahres durch Erhöhung der Lohnsätze und der Akkorde eine derartige Steigerung des Verdienstes unserer Arbeiter vorgenommen, daß es uns ganz unmöglich ist, noch weiter zu gehen und diesem Wunsche zu entsprechen; ganz abgesehen davon, daß es außerdem unmöglich ist, für dieselbe Kategorie von Arbeitern, von denen der eine mehr, der andere weniger leistet, einen einheitlichen Lohn zu bewilligen. Wir sind aber bereit, eine Erhöhung des Verdienstes in Abhängigkeit von der Arbeitsdauer zu gewähren, in der Weise, daß wir sämtlichen Arbeitern, welche jeweilig am 1. Dezember eines Jahres ein Jahr und darüber tätig sind bei uns, einen Verdienstaufschlag von 3 Prozent nachzahlen, berechnet aus dem Gesamtverdienst des abgelaufenen Jahres vom 1. Dezember bis zum 1. Dezember. Die Auszahlung dieses Mehrverdienstes erfolgt am 24. Dezember bei Arbeitsbeschluß an diesem Tage. Für das laufende Jahr würde diese Vergütung vom 1. April an in Kraft treten.“ Der Schluß des Antwortschreibens der Firma lautet: „Vorliegendes tritt für sämtliche Arbeiter sofort in Kraft; für die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörenden Arbeiter jedoch nur unter dem Vorbehalt, daß die von diesem Verband über uns ganz unbegründeterweise verhängte Sperre schnellstens in aller Form aufgehoben wird. Essen, den 4. April 1906. Maschinenbau-Aktiengesellschaft Union. W. Kaufhold. S. Mademacher.“ Wir sehen, die Union hat etwas gelernt. Inzwischen ist ihre Wohlfahrtsmacherei (siehe Antwort 9) doch so durchsichtig, daß wir uns fragen: Wie ist es möglich, daß sich die Union solche Blöße gibt? Dieser Wohlfahrtsparagraf zeigt klar und deutlich an, welche ein Laubenschlag die Union ist. Diese 3 Prozent Vergütung wird die Arbeiter auch nicht sehnlich machen. Den Arbeitern ist es mehr wert, wenn man sie anständig bezahlt und behandelt, die Einrichtungen in der Fabrik so schafft, daß Leben und Gesundheit nicht gefährdet wird, in aller Kürze gesagt, den Arbeiter als Menschen anerkennt. Die Arbeiter nahmen Stellung zu der Antwort und beschloßen, die Sperre aufzuheben, doch mit dem Vorbehalt, die Sperre sofort wieder zu verhängen, wenn die Firma wieder dazu übergeht, Kollegen aus Straßensperrung zu setzen.

Hannover. Laut Spruch eines zu diesem Zwecke statutenmäßig zusammengetretenen Schiedsgerichtes in Sachen Biel contra Kestopf wird dem Kestopfer Louis Kestopf wegen grober Verletzung des Anstandes und der Kollegialität eine öffentliche Rüge erteilt. Der Vorsitzende des Schiedsgerichtes: Aug. Pabst.

Münchweiler. Nach Beschluß der Mitgliederversammlung vom 28. März traten die hiesigen Metallarbeiter zugunsten der hiesigen Bergarbeiter in einen Abwehrstreik. Den auf hiesigen Gruben beschäftigten Metallarbeitern wurde Streitarbeit angeboten, sie sollten sogar Kohlenladen u. s. w. Wenn man bedenkt, was für Löhne auf den hiesigen Gruben bezahlt werden, so kann bestimmt angenommen werden, daß sich Streikbrecher für hier nicht finden werden. Unter welchen Umständen und zu welchen Löhnen die hiesigen Kollegen arbeiten müssen, teilen wir mit, daß die Löhne pro Stunde 28 bis 35 Pf. betragen, die Arbeitszeit eine zehnstündige ist und das Überstundenwesen in höchster Wülste steht. Auch Sonntags muß gearbeitet werden. Es gibt Betriebe, wo die, die sich weigern Sonntags zu arbeiten, sofort entlassen werden. Deshalb, Kollegen, merke jeder das Zeit-Weisenfeld-Münchweiler Kohlenrevier, damit auch hier bessere Zustände geschaffen werden können.

Mühlheim a. Rhein. Unlängst ist an dieser Stelle das Gefahren des Betriebsführers March in der Gasmotorenfabrik Deutz kritisiert worden, als er einen Arbeiter geohrteigt hatte. Eine geraume Weile ging es gut, bis vor kurzer Zeit sein „Tropenteller“ wieder Oberhand gewann. Seit einigen Wochen hat er verschiedene seiner tüchtigsten Arbeiter wegen angeblichen Gehens und Agitierens in andere Abteilungen gesteckt, wodurch die Leute um 70 bis 80 Pf. pro Schicht geschädigt wurden. Einer dieser Kollegen, der über neun Jahre im Werke beschäftigt ist, beschwerte sich bei der Direktion wegen dieser Strafverteilung. Darauf wurde March von der Direktion zur Rede gestellt, worauf er am nächsten Tage unseren Kollegen mit folgenden Worten antwortete: „Sie Lump gehen zur Direktion und wollen mich verdächtigen, wollen mich schädigen? Wenn ich das gemerkt hätte, wären sie wegen Arbeitsmangel entlassen worden.“ Der in dieser Weise angereizte Kollege antwortete dem Herrn Betriebsführer selbstverständlich in gebührender Weise. Diesen Kollegen zu ohreigen traut sich der Herr jedenfalls nicht, es wäre ihm aber auch übel bekommen. Einen anderen Kollegen will der Herr ein ganzes Jahr lang beobachtet haben, wie dieser fortgesetzt agitiert habe und im Werke umhergelaufen sei. Diese Behauptung sollte doch ein Beamter, der häufig „angeheult“ ist, nicht aufstellen, denn einem solchen Rame kann kein vernünftiger Mensch Glauben schenken, entweder der Herr sieht überhaupt niemand oder aber doppelt. Ferner weisen wir auf die Handlungsweise des dem Herrn March unterstellten Meisters Poppel hin. Dieser setzt Akkordpreise ganz nach seinem Gutdünken fest. Für einen Gegenstand zwei und noch mehr Preise ist gang und gäbe. Wenn ein Arbeiter nichts verdient hat — und bei den schlechten Preisen kommt das häufig vor — wird ihm einfach Arbeit angeordnet, die er gar nicht gemacht hat. Auf eine Beschwerde antwortete der ebenfalls in dieser Abteilung beschäftigte Vorarbeiter Stiehl: „Wenn ihr (die Arbeiter) nicht zurecht kommt, kommt nur zu uns, Geld zum Beschriften ist genug vorhanden.“ Dies ist ein willkürliches Verfahren, das unbedingt zu verwerfen ist, sich aber höchstwahrscheinlich der Kenntnis der Direktion entzieht. Die Arbeiter haben ein gutes Recht, den vom Betriebsführer festgesetzten Akkordpreis für ihre Arbeit zu verlangen. Sie wollen nicht bitten und betteln. Ein solches Entlohnungssystem führt zur Gänze zum Scheitern, die von jedem ehrlichen und rechtshaffenen Arbeiter bekämpft werden muß. Darum rufen wir den Arbeitern der Gasmotorenfabrik zu, organisiert euch, schließt euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an! Erst dann wird es möglich sein, solcher Mißwirtschaft ein Ende zu machen. Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis auch in diesem Werke menschenwürdige Zustände geschaffen sind.

Potsdam. Nach längerer Pause fand hier am 28. März wieder eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in der Kollege Zernicke aus Berlin über Moderne Gewerkschaftsorganisationen sprach. Zu dieser Versammlung waren die Hirsch-Dunderfischen und die „Christlichen“ besonders eingeladen. Ramentlich den letzteren, die ja erst kürzlich hinter verschlossenen Türen und polizeilicher Bedeckung eine „christlich-nationale“ Filiale des bekannten Reichsverbandes zur Vernichtung der freien Gewerkschaften etabliert haben, sollte in dieser öffentlichen Versammlung Gelegenheit gegeben werden, ihre „Missionstätigkeit“ frei auszusprechen. Sie

zogen es aber vor, zu schweigen. Stärker als die Christlichen waren zwar die Gemerkereiner vertreten; doch hieß es, daß die meisten deshalb zu Hause geblieben wären, weil sie — keinen Korreferenten aus Berlin bekommen hätten. Kollege Zernicke gab in seinem sehr instruktiven und sachlich gehaltenen Vortrag einleitend einen historischen Rückblick auf die Entstehung der heutigen Arbeiterbewegung und ging dann zunächst auf die Gründung der Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaften ein, die sich ihrer Aufgabe aber durchaus nicht gewachsen gezeigt hätten und heute nur noch einen Himmelsstich der modernen Gewerkschaftsbewegung bildeten. Er schilderte dann in treffender Weise die notwendige Gründung der heutigen Zentralverbände, die sich trotz aller Bekämpfungen durch das Sozialistengesetz, die Behörden und das Kapital und trotz der oft unläuternden Konkurrenz der Gewerksvereine und in neuerer Zeit namentlich der sogenannten christlichen Gewerkschaftsleitergebilde zu ihrer heutigen Höhe emporgearbeitet hätten. Und daß die freien Gewerkschaften auf dem richtigen Wege seien, das beweise ihre spontane Vorwärtsbewegung, wie sie besonders seit dem Jahre 1900 zum Staunen und Schrecken unserer Gegner sich zeige. Ein klassenbewußter Arbeiter könne darum heute nicht mehr im Zweifel darüber sein, welcher Organisation er sich anschließen habe. Da könne es nur heißen: „Sine in die Zentralverbände!“ — Die Diskussionsredner stimmten dem Referenten allgemein zu. Besonders führten die Kollegen Kiesel und Brückel-Potsdam, sowie Seyfert-Nowawes lokale Verhältnisse, namentlich bei der Firma Schöffers-Potsdam und Drenkretz & Koppel in Drewitz an, die den Vereinsmitgliedern, wie wenig im allgemeinen auf die Hirsch-Dunderfischen im Ernstfall zu zählen sei. Besonders wurde diesen ihr Zusammengehen mit den „Christlichen“ bei sozialpolitischen Wahlen u. s. w. mit Recht zum Vorwurf gemacht. Daß durch derartige Quertreibereien die Einseitigkeit der Gewerkschaftsbewegung, die der Referent im Kampfe gegen die geschlossenen Koalitionen der Unternehmer als unbedingt notwendig bezeichnet hatte, nicht gefördert wird, ist ja klar. Gegen diese Darlegungen, wie auch gegen den Referenten wendete sich nunmehr der Gewerksvereiner Hoyer, indem er sich bemühte, den Gewerksvereiner als ebenbürtig wie den Verband hinzustellen, denn er verschiedenes anhängen wollte. Das gelang ihm natürlich nicht, und es wurde ihm sehr schwer, die ins Gedränge geratenen Führer der Hirsch-Dunderfischen, die der Referent an einigen Beispielen scharf beleuchtet hatte, herauszuhauen. In seinem eindrucksvollen Schlußwort stimmte der Kollege Zernicke zwar dem Vorschlag Hoyer zu, der zum Schluß seiner Rede für eine Einigung der beiden Organisationen eingetreten war, um die vom Referenten betonte Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung zu erreichen. Jedoch hätten die bisherigen Erfahrungen, nicht zuletzt in Berlin bei der Aussperrung in der Elektroindustrie, den Verband vorichtig gemacht. Im übrigen könne er nur sagen, daß der Ausspruch, das zwanzigste Jahrhundert gehöre den Gewerksvereinen, infolge der durch die wirtschaftliche Entwicklung immer mehr zum sozialistischen Denken kommenden Arbeiterschaft zum Glück nicht in Erfüllung gehen werde. Im Gegenteil gehöre das zwanzigste Jahrhundert den Gewerkschaften. Dann wurde die interessante Versammlung, die ruhig und doch erfolgreich für unsere Sache verlief, von dem Vorsitzenden, Kollegen Sch., mit einem fröhlichen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband geschlossen.

Zwickau. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Zwickauer Maschinen- und Metallindustrie. Vor einiger Zeit haben wir an dieser Stelle die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Hüttenwerken besprochen, und da hat sich gezeigt, daß in diesen Betrieben vieles Verbesserungsbedürftig ist. Die Arbeiter der hiesigen Maschinen- und Metallindustrie, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen etwas näher zu beleuchten heute unsere Aufgabe sein soll, sind um nichts besser gestellt als ihre Kollegen in der Hochproduktion. Ein wesentlicher Unterschied ist wohl nur der, daß sie noch schlechter bezahlt werden. Wie anderswo, so hat man auch hier einige Betriebe der Maschinenindustrie, die zwar früher einen guten Ruf hatten, denen es aber jetzt an technischer Leistungsfähigkeit gebricht. Das soll nun durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wettgemacht werden. Man will das Pferd beim Schwanz aufsummen. Der Erfolg davon ist, daß die intelligenten, leistungsfähigen Arbeiter sich von diesen Betrieben abgewandt haben. Statt das Ubel an der Wurzel zu fassen, und eine Verbesserung der technischen Betriebsmittel durchzuführen, hat man die Löhne herabgesetzt. Dadurch trat eine außerordentliche Fluktuation unter den Arbeitern ein. Die Arbeiter verloren immer mehr das Interesse am Bestehen des Betriebs. Die Kundschaft wandte sich schließliche leistungsfähigeren Betrieben zu, die Arbeiterzahl mußte verringert werden. Aber auch in den übrigen Betrieben der Metallindustrie sieht es um nichts besser aus. Die Arbeitszeit beträgt hier noch gemeinhin und elf Stunden pro Tag. Das Überstundenwesen ist dabei in einer Weise ausgebildet, daß die Arbeitszeit in einer Reihe von Betrieben der in der Heimindustrie des Erzgebirges gleichkommt. Zwei bis drei Überstunden den Tag, Nacht- und Sonntagsarbeit ist etwas ständiges. Dazu wird für Überstunden kein Aufschlag gewährt. Hand in Hand damit geht die Ausnutzung von Lehrlingen, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Es gibt hier Betriebe, in denen die jugendlichen und weiblichen Arbeiter überwiegen. In sanitärer Beziehung entsprechen die Betriebe auch nicht den bescheidensten Ansprüchen. Ventilation kennt man selbst in den ungesunden Betriebsabteilungen nicht. Garderobräume, Schränke und Maschinenrichtungen sind hier unbekannt. In der Maschinen- und Metallindustrie Zwickaus sind — wenn man die Arbeiter der beiden Hüttenwerke ausrechnet — etwa 1200 Personen beschäftigt. Davon sind circa 750 erwachsene männliche, 450 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Eine von uns aufgenommene Statistik über die Löhne, an der sich 633 Arbeiter und 45 Arbeiterinnen beteiligten, ergab folgendes Resultat:

Es verdienen in Zeitlohn die Stunde:

Nr.	Durchschnittlich	Über dem Durchschnitt	Unter dem Durchschnitt
29,6	Schlosser . . .	197	77
34,7	Dreher	61	16
35	Hobler	4	2
28,5	Böhler	6	3
31	Fabrikklempner . . .	37	9
41,1	Formner	17	17
21,3	Schmiede	10	5
25,6	Hilfsarbeiter . . .	108	35
16,9	Arbeiterinnen . . .	45	15

In Akkord verdienen die Stunde:

Nr.	Durchschnittlich	Über dem Durchschnitt	Unter dem Durchschnitt
38,7	Schlosser	59	38
38,8	Dreher	12	8
34,5	Hobler	2	1
30	Böhler	2	—
39,7	Fabrikklempner . . .	17	12
44,7	Formner	63	36
34,3	Schmiede	6	2
29	Hilfsarbeiter	32	13

Dazu ist noch zu bemerken, daß die Löhne für gelehrte Arbeiter noch unter 25 Pf. die Stunde heruntergehen. Die Wohnungsverhältnisse und Lebensmittel sind hier infolge der dichten Bevölkerung ebenso teuer wie in den großen Städten. Von den Unternehmern ist eine Besserung nicht zu erwarten, hier können nur durch die Macht einer starken Organisation KonzeSSIONen erreicht werden. Daß dies ein großer Teil der Metallarbeiter im Bereich unserer Verwaltungsstelle erkannt, beweist das erfreuliche Anwachsen unseres Verbandes in den letzten Jahren. Am 1. Juli 1905 betrug die Zahl der organisierten Metallarbeiter in unserer Verwaltungsstelle erst 186, bis 1. April dieses Jahres ist sie auf 1900 angewachsen, obwohl die Unternehmer durch allerhand unschöne Mittel unsern Reihen zu hemmen versuchen. Wenn es hier einmal zum Kampfe kommt, werden sie die Früchte für ihre vergebende Tätigkeit ernten. Anstatt durch etwas Ungegenkommen dem Kampfe die Schärfe zu nehmen, werden die Arbeiter von einigen Unternehmern mit Spott und Hohn überschüttet. Das eine können wir den Zwickauer Metallindustriellen heute schon versichern: so wenig es einem viel kapitalkräftigeren Unternehmern der Großstädte gelungen ist, das Aufwärtstreben der Arbeiterschaft zu verhindern, so wenig wird es hier gelingen. Was man den Arbeitern jetzt noch unter Spott und Hohn glaubt verweigern zu können,

